

179 // März/April 2014

in Hamburg sagt man tschüss ...

Vorwort

Da sind wir wieder,

wir haben uns nicht der Frühjahrsmüdigkeit preisgegeben und mal wieder an einer neuen Ausgabe gebastelt: inhaltlich beschäftigt uns nach wie vor der 21.12.13 was auch wenig verwunderlich sein dürfte. Auch unser Titelbild wollen wir in diesen Rahmen stellen (es ist übrigens im Schwarzmarkt auch als Plakat erhältlich).Uns wurden zwei Auswertungstexte zugesendet die wir euch gerne zur Verfügung stellen. Zudem haben wir mitbekommen dass es Kritik an der Aufnahme des 2. Angriffs auf die Davidswache in unserer Doku-Reihe gab. Zu Recht! Leider hatten wir den Stand damals auch lediglich aus der Presse übernommen. Sorry dafür.

Ein weiterer Teil des Heftes widmet sich den Lampedusa-Flüchtlingen. Über die regen Beteiligung an den diversen Demonstrationen für ein generelles Bleiberecht haben wir uns sehr gefreut. Bei der Demo am 1.3.14 würden wir die Teilnehmer innenzahl durchaus jenseits der in der Presse zitierten 4000 sehen ;).
Wir hoffen dass auch dieser Protest weiter an Fahrt zunimmt bis alle bleiben dürfen.

Auch haben wir mal die ersten beiden Ausgaben des Vereinsblättchens aus dem Keller gekramt um zu sehen was uns damals so beschäftigt hat. Rausgekommen ist, das wir versuchen wolle in der nächste Zeit immer 2 Ausgaben inhaltlich zusammenzufassen....und es wird sich zeigen, manche kritischen Themen haben ihre Aktualität noch lange nicht verloren, schade eigentlich.
Naja, und was ja auch weiter Thema sein wird ist die Umstrukturierung des Kiezes. Ihr wisst ja, Tag X und so: wenn die Abrissbagger bei den Essohäusern aufschlagen, sind wir aber mit dabei!

Was zu erwähnen bleibt: Können wir das schöne Bild mit dem Kiefernbruch noch mal haben, auf der zugesendeten CD war nix drauf.

Und für jene, die schon lange drauf warten: Bis zur nächsten Ausgabe werden wir zumindest von den letzten 2 Jahren die Zeck in PDF-Format online gestellt haben.

Also dann, raus aus den Federn, weiter geht's! ……….und wer noch den ein oder anderen cent für uns über hat: her damit! Wir leiden wie immer an akutem Finanzloch in unserer Tasche!
Und….nicht vergessen: Einsendeschluss der Texte für die nächste Ausgabe ist der 20.4.14.

Bis dann,
die ZECK-Redaktion

Inhalt **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel auf CDs mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artikel im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!). Eigendruck im Selbstverlag.

22 Jahre Zeck

Vor 22 Jahren, im März 1992 erschien zum ersten Mal „Das Flora Info“, das sich bereits im April 92 mit der zweiten Ausgabe als „ZECK“ betitelt.
22 Jahre, das ist krass lange her! Was hörten wir damals für Musik? Was war die Szenekluft? Wer/welche erinnert sich? Nun, zumindest können wir die politischen Diskussion rund um die linke Szene in Hamburg anhand der Lektüre der damaligen Zeck ein wenig widerspiegeln.
Wir nehmen also diese Jährung zum Anlass für einen Rückblick auf die hartnäckige Infozeitschrift der Roten Flora. Mal gucken wie lange wir das durchhalten. Als Ziel haben wir uns vorgenommen immer zwei Ausgaben in zeitlicher Reihenfolge hier noch mal Revue passieren zu lassen.

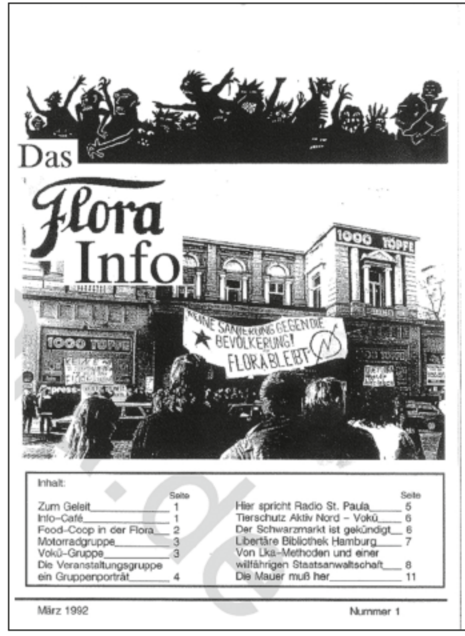
Aus einer Stille rund um die Flora „fanden sich einige Leute mit der Absicht zusammen, Flora-Öffentlichkeitsarbeit zu machen.“ **(zeck Nr. 1)**
Diskussionen, Terminkalender und Beiträge anderer Gruppen sollten“ einen Einblick in die Arbeit und das Geschehen“ in diesem Kasten und drumherum geben. Eng daran orientierten sich die ersten Artikel. Es gab Berichte zum Info-Café, zur Motorradgruppe (damals schon!), zur VoKü, veganen VoKü und der Food-Coop in der Flora. Ein Portrait der Veranstaltungsgruppe und dann ein 8-seitiges ausführliches Veranstaltungsprogramm. Die Libertäre Bibliothek Hamburg (im Libertären Zentrum, Lagerstraße 27), die es seit 1990 gab stellte sich vor mit ihrer anarchistische Ausrichtung. Sie verlieh Bücher und organisierte Büchertische.
Außerdem wurde über die Situation des Schwarzmarkts in der Paulinenstraße informiert, der zum 31.6. gekündigt wurde und auf der Suche nach neuen Ladenräumen war. (By-the-way: heute: Schwarzmarkt am Kleinen Schäferkamp 46, reizender Laden!)

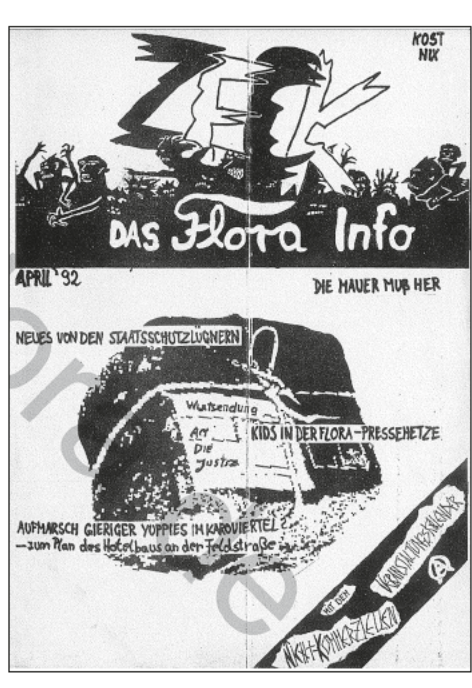
Und schließlich findet sich noch ein Artikel zu der damaligen Prozessreihe: Knud und Ralf. Ja, da war doch was: Den beiden aus dem Flora-Umfeld wurde vorgeworfen, „mit Betonplatten einen Zug zum Entgleisen gebracht haben zu wollen“. Nachdem der Richter keinen dringenden Tatverdacht hinsichtlich eines „versuchten 300fachen Mordes“ sah, blieb immer noch der Vorwurf des „versuchten schweren Eingriffs in den Schienenverkehr“. Zweifelhafte Alleingänge und Behauptungen von Zivilfahndern und deren Deckung vom LKA deuteten auf einen Einschüchterungsversuch hin, der für Knut und Ralf u.a. ein halbes Jahr U-Haft bedeutete.

Als **„Zeck-Aktuell Flora Flugi“** erschien zwischen den Monatsausgaben eine Extraausgabe mit der Stellungnahme der Roten Flora zu einem Spitzelverdacht in den eigenen Reihen. Doch bevor der Verdacht geprüft werden konnte, hatten GAL und taz ihn bereits ohne Rücksprache veröffentlicht.

In der **2. Ausgabe der der Zeck im April 1992** gibt es weiter Infos zum Verfahren von Knud und Ralf: Vier LKA-Zeugen und Staatsschützer bekamen ein Ordnungsgeld von 150 Euro aufgelegt! (Da lacht das Zeckenherz!).
Das immer wiederkehrende Problem der Finanzierung der Zeck wird thematisiert – damals jedoch erfreulicherweise da die Auflage aufgrund der hohen Nachfrage erhöht werden sollte.
Die Flora selbst ruft zur Bauwoche unter dem Motto „Die Mauer muss her“ auf, um die Vorder- und Rückwand der großen Halle zu bauen.
Es wurde eine Ausstellung „Kehrseiten der Wohlfahrt“ gezeigt sowie die Fahr-Rad-Werkstatt und die Bau-Gruppe vorgestellt. Auch die Gruppe Desertöre - seit 1986 in Hamburg existent - stellte sich vor.
Außerdem wird eine Presse-Erklärung zum Thema „Obdachlose Jugendliche in der Roten Flora“ abgedruckt. Anlass war die Verknüpfung der Presse von radikaler Linken Szene und als „Autoknackern“ bezeichneten Jugendlichen. Inhaltlich wird kritisiert, dass Kinder/Jugendliche zur Ware gemacht werden und die „Unfähigkeit politische/gesellschaftliche Lösungen zu suchen. Innerhalb der Flora werden Standards für den eigenen Umgang eingefordert : „Es gibt Vorgaben, die durch Diskussionen im Rote Flora-Plenum entstehen, an die sich alle, die kommen, halten müssen: z.b. Alkohol- und Drogenverbot, keine körperlichen Übergriffe, keine sexuellen Belästigungen.“ Zugleich wird eine Offenheit nach außen sowie die Rolle als Schutzraum, wie z.b. für obdachlose Jugendliche erklärt.
Der Kampf gegen die Gentrifizierung des Schanzenviertels war vor 22 Jahren ebenfalls in vollem Gange. Insbesondere ging es in dem Artikel „Gierige Yuppies im Karoviertel“ um den Hotelbau auf dem Parkplatzgelände Feldstraße 53. Bis 1990 stand dort noch ein Badehaus aus der Jahrhundertwende, das zuletzt von Künstler_innen als Atelierräume genutzt und trotz Widerstände abgerissen wurde.
Interessant ist auch der solidarische Artikel in Bezug auf den Prozess gegen zwei Antifaschisten, Gerhard Bögelein (68 Jahre) und Karl Kielhorn (73), vor dem Hamburger Landgericht. „Ihnen wird vorgeworfen, den Nazi-Richter Kallmerten 1947 im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda ermordet zu haben.“
Im Übrigen hatten die Ausgaben damals noch erstaunlich viel Werbung für und von sympathisierende Läden. Wo sind sie geblieben? Hier also noch mal unser Aufruf, denn auch wir leiden nach wie vor am Finanzierungsproblem: Nutzt unsere Auflage von 1200 Stück für eure Werbung und unterstützt uns dafür finanziell!

Bis zum nächsten Rückblick!





Kurzes

§ 129-Verfahren

Am 22. Mai 2013 fanden bundesweit 21 Hausdurchsuchungen im Zuge der Ermittlungen wegen Mitgliedschaft in und Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129) statt. Durchsucht wurden neben privaten Wohnräumen auch Arbeitsstellen und Vereinsräumlichkeiten in Stuttgart, Berlin und Magdeburg.
Konkret sollen 9 Beschuldigte der „Revolutionären Linken" bzw. den „Revolutionären Aktions- zellen" angehören, diese unterstützt und/oder bei der Herausgabe der Zeitschrift „radikal" mitgewirkt haben. Die „Revolutionären Aktionszellen" zeigten sich in den vergangenen Jahren für einige feurige Attacken in Berlin, sowie für die Verschickung von Patronen an Vertreter der herrschenden Klasse verantwortlich. Im Zuge der Durchsuchungen wurde einer der Betroffenen, Oliver Rast, der sich im Zusammenhang mit einer früheren Verurteilung im Offenen Vollzug befand, in die JVA Berlin Tegel und somit in den geschlossenen Vollzug verlegt.
(Schreibt ihm: Oliver Rast, Seidelstr. 39, 13507 Berlin)

Veranstaltung zum § 129-Verfahren

am Freitag, den 14.März,
um 19 Uhr im Internationalen Zentrum B5, Brigittenstraße 5, im Rahmen des SOL*Cafe, (Sozialistische Linke).
Anwesend wird einer der 9 Betroffenen des § 129-Verfahrens sein.
Wir werden auch über die bundesweiten Aktionstag gegen Repression informieren, der am 22. März in Berlin stattfindet.^



Zwei Grußadressen von politischen Gefangenen an und für die Rote Flora:

Marco Camenisch vom 4.1.2014
„Und auf ein resolutes 2014! Hamburg brennt (Smiley Zeichen) und Züri pennt..(kein Smiley-Zeichen) Solidarität mit der Roten Flora! Solidarität den StraßenkämpferInnnen und allen, die kämpfen!!!
Herzlichst Marco Camenisch"

Seit 1991 ist Marco, der ehemalige Militante der Anti-AKW-Bewegung, hinter Gittern. In all den langen Jahren blieb er als Anarchist politisch aktiv und verhielt sich zu Kämpfen in- und außerhalb der Knäste solidarisch. Mittlerweile hat er mehr als 2/3 seiner „Strafe" hinter sich und sollte eigentlich auf die kommende Haftentlassung vorbereitet werden. Doch das Züricher Amt für Justizvollzug versucht, das zu verhindern. Aus politischen Gründen wird dem 62jährigen revolutionären Langzeitgefangenen jede Hafterleichterung verweigert. Nach Ansicht des Amtes müsse Marco zuerst seinen politischen Überzeugungen abschwören. Sonst komme er nicht raus.

Faruk Ereren vom Januar 2014
„In den letzten Tagen versuche ich auch die Entwicklungen in Hamburg näher zu verfolgen.
Ich schicke allen GenossInnen, die Widerstand leisten, meine Unterstützung und solidarische Grüße.
Den in Gewahrsam genommenen und der Repression der Polizei ausgesetzten wünsche ich alles Gute.
Ich protestiere gegen die (drohende) Schließung des Kulturzentrums, gegen den Raub des Organisierungs - und Mobilisierungsrechts sowie gegen die Maßnahme, die ganze Stadt zum gefährlichen Gebiet zu erklären und einen Ausnahmezustand zu verhängen.
Diese Angriffe sind nichts Anderes als die Widerspiegelung der gegenwärtigen, konterrevolutionär - reaktionären Entwicklung in der Mitte Deutschlands.
Sie wollen, dass es keine einzige revolutionär-demokratische Opposition gegen sie gibt. Andererseits tun sie alles , damit sich die rassistischen Faschisten weiter entwikkeln.
Diejenigen, die ihre Augen vor tausenden rassistischen Übergriffen schließen, greifen die Strukturen an, die gegen diese Verbrecher kämpfen. Somit wird den rassistischen Faschisten zumindest der Weg geebnet.
Ich wünsche allen GenossInnen, die gegen diese Angriffe Widerstand leisten, Kraft und gutes Gelingen.
Ich glaube aus ganzem Herzen, dass sie sich dieser Repression nicht beugen werden."

Faruk, ein linker kommunistischer Aktivist, war in der Türkei zirka 9 Jahre inhaftiert. Auf Grund der erlitten Folter musste Faruk fliehen und wurde 2007 in Hagen verhaftet. Faruk Ereren konnte endlich nach 7 Jahren Untersuchungshaft am 04.02.2014 den Knast in Düsseldorf verlassen. Die Anklage steht auf wackligen Füßen: der Kronzeuge Genc konnte vom deutschen Gericht nicht direkt vernommen werden und es hieß, der Zeuge habe gehört von jemandem, der behauptet, dass Faruk Ereren die Anweisung für den „Polizistenmord" in der Türkei per Telefon gegeben haben soll. Im ersten Verfahren ist er trotz Genc`s Lügen zu lebenslänglich verurteilt worden. Genc war ein linker Aktivist, der durch Folter umgedreht worden ist. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat im Revisionsverfahren am 4. 2. 14 die Aufhebung des Haftbefehls auf Grund § 129b beschlossen, da kein dringender Tatverdacht mehr besteht nachdem der Hauptbelastungszeuge Genc nicht greifbar ist. Faruk ist erst mal draußen, aber die Beweisaufnahme ist noch nicht abgeschlossen. Von der Verfolgung durch den Paragrafen 129b (Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation im Ausland) ist besonders die Anatolische Föderation betroffen. In 56 Ermittlungsverfahren gab es ca. 20 Verurteilungen, d. h. der § 129b stellt den Versuch dar, gegen diese linken migrantischen Strukturen nicht nur zu ermitteln, sondern auch abzuurteilen und zu zerschlagen. Von den 13 politischen Gefangenen in der BRD stehen 9 dieser Organisation nah.

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen



Mord an Süleyman Taşköprü 2001 in Hamburg

„Wir haben selbst ein Interesse, ein Höchstmaß an Transparenz, an Nachvollziehbarkeit herzustellen." Hamburgs Innensenator Neumann im Innenausschuss zum Thema „NSU-Terror und Behörden"

Glaubt man den Behördenvertreter_innen, den Ermittler_innen und verantwortlichen Innenpoli-tiker_innen, dann haben Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz in Hamburg bezüglich der Ermittlungen im NSU-Mord an Süleyman Taşköprü alles richtig gemacht. Es gab halt leider keine Spuren in Richtung Rassismus.
Dabei waren es die Hamburger Ermittler_innen, die sich am stärksten innerhalb des bundesweiten Ermittlungsverbundes für die Spur in Richtung organisierte Kriminalität stark machten. Die rassistische Stereotypen in ihren Akten verwendeten und die Ermittlungen sogar – trotz weiterlaufender Mordserie – für drei Jahre einstellten.
Auch nach der zufälligen Selbstenttarnung des NSU wird Kontakten des NSU zu bekannten Hamburger Neonazis erst nachgegangen, nachdem Medien ausführlich über diese berichten. Schlimmer noch, am Rande der Aufarbeitung des Behördenversagens kommt heraus, dass der Geheimdienst die

wichtigste militante Nazistruktur Norddeutschlands zum Schutz seiner V-Leute vor einem Verbot bewahrte.
Warum eine Aufarbeitung, die eigentlich auch Aufgabe eines in Hamburg nicht existierenden Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wäre, immer noch dringend notwendig ist, wird Felix Krebs, antifaschistischer Autor und aktiv im Hamburger Bündnis gegen Rechts, versuchen zu erläutern.

Sonntag, 30. März 2014, 20.00 Uhr Golem, Große Elbstraße 14, HH

* * * * * * *

"Blut und Ehre" Vortrag und Gespräch mit Andrea Röpke

Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland
Die rassistisch motivierten Verbrechen des Nationalsozia¬listischen Untergrunds (NSU) mit vermutlich zehn Morden und mehreren Bombenanschlägen offenbaren eine neue Dimension rechtsextremer Gewalt. Doch dies ist kein Einzelfall. Seit 1949 haben Rechtsextremisten immer wieder Terrorgruppen gebildet, die nach ähnlichem Muster agierten, in konspirative Kleinstzellen begingen sie Anschläge gegen Migranten, politische Gegner und gesellschaftliche Einrichtungen. Der Blick hinter die Kulissen offenbart, dass die Täter_innen von gestern und heute keineswegs isoliert tätig sind und dass die von ihnen ausgehende Gefahr von den Behörden jahrzehntelang unterschätzt wurde.
Andrea Röpke und Andreas Speit haben die Szene über viele Jahre beobachtet und frühzeitig auf diese Gefahren hingewiesen. In dem von ihnen herausgegebenen Buch "Blut und Ehre" beleuchten eine Reihe von Aufsätzen die Geschichte des rechten Terrors in der Bundesrepublik seit 1945 und verdeutlicht den Zusammenhang mit den jüngsten Verbrechen. Anhand einer Vielzahl von in der Öffentlichkeit kaum bekannten Gewalttaten, weisen die Autoren nach, wie sich seit 1945 ein Netz zum Teil äußerst militanter rechtsextremer Gruppen formieren konnte, die ihre Motivation aus einem geschlossenen neonazistischen Weltbild beziehen.
Am 16.04. wird Andrea Röpke in die Fanräume des FC St. Pauli kommen und uns auch an den Beispielen des Münchener Oktoberfest Attentats 1980 und des rassistischen Brandanschlages auf ein Flüchtlings-Wohnheim in der Halskestrasse in Hamburg Billwerder/Morfleth 1980 einen Einblick geben über die gern verdrängten Vorgänger_innen des NSU in der BRD.

Mittwoch, 16.04.2014, 19.00 Uhr
Fanräume des FC St. Pauli, Gegengerade im Millerntorstadion
auf dem Heiligengeistfeld 1A, HH
barrierefrei

* * * * * * *

1000 Menschen bei Trauermarsch nach Brandstiftung

1000 Menschen nahmen heute an einem Trauermarsch für die bei einer Brandstiftung in einem als Flüchtlingsunterkunft genutzten Haus getötete Frau und zwei Kindern Teil. Sehr unterschiedliche Gruppen und Menschen, Familien und Nachbarn_innen, Mitschüler_innen, türkische und kurdische Linke, Stadtteilaktivist_innen und Antifaschist_innen zogen durch das Schanzenviertel zur Eimsbüttler Straße.
Organisiert wurde der Trauermarsch von Autonomen und antirassistischen Gruppen und der Linken. Auf dem Trauermarsch wurde auch die europäische Flüchtlingspolitik und staatlicher Rassismus kritisiert. Vorneweg ein Refugees Welcome Transparent mitgeführt. Im Folgenden dokumentieren wir den Beitrag der Kampagne Flora bleibt unverträglich:
Am Mittwoch starben während des Brandes in der Eimsbüttler Straße drei Menschen, eine Frau und ihre zwei Kinder. Viele der anderen Bewohner_innen wurden verletzt. Die Brandermittler davon aus, dass das Feuer absichtlich gelegt wurde und in einem abgestellten Kinderwagen entstand. Das Haus war von Refugees, in einer privatisierten Form einer Flüchtlingsunterkunft bewohnt. Eine andere Form einer kasernierten Unterbringung, wie sie seit langem kritisiert wird.
Wir kennen die genauen Hintergründe der Brandstiftung nicht. Wir sind betroffen vom Tod dreier Menschen, die hier mit uns gelebt haben. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freund_innen und weiteren Bewohner_innen.
Wenn Menschen sterben stellen sich zurecht Fragen. Fragen nach dem Zustand und der Brandsicherheit des Hauses, welches über einen privaten Vermieter und einen sozialen Träger durch die Stadt finanziert wurde.
Es ist keine Überreaktion und auch kein Alarmismus, wenn in diesem Land bei brennenden Flüchtlingsunterkünften und ermordeten Menschen mit Migrationshintergrund von einem möglichen rassistischen Hintergrund ausgegangen wird. Es ist vielmehr eine notwendige Konsequenz der Realität und Gegenwart.
Angesichts des Ausmaßes rassistischer Übergriffe und faschistischer Morde, wäre es das völlig verkehrte gesellschaftliche Signal abzuwarten und ruhig zu sein. Es ist vielmehr richtig, sensibilisiert und aufmerksam zu sein, um die Toten zu trauern aber auch kritisch zu sein über deutsche Verhältnisse, die einen rassistischen Hintergrund möglich erscheinen lassen.
Heute ist ein 13 jähriger Jugendlicher der Mitglied der Jugendfeuerwehr ist festgenommen worden. Wir kennen damit immer noch nicht die genaue Motivation und Hintergründe der Brandstiftung in der Eimsbüttler Straße. Wir kennen aber den Grund weshalb Menschen das Recht auf Bewegungsfreiheit aberkannt wird, weshalb es Sondergesetze für Refugees gibt, eine Residenzpflicht, Abschiebelager, Flüchtlingsunterkünfte und -wohnheime, die solche Brände als zielgerichtete Tat oft erst möglich machen. Der Grund ist Rassismus.

florableibt-kampagne

* * * * * * *

Solidaritätserklärung der Roten Flora - Pizzeria bleibt!

Besetzt Häuser, lebt wild und gefährlich!
Wir als Rote Flora solidarisieren uns mit den Genoss_innen das akut räumungsbedrohten autonomen Zentrum, der Pizzeria Anarchia, in Wien.
Selbstbestimmte Räume stehen immer im Konflikt mit den herrschenden Verhältnissen. In den daraus resultierenden Kämpfen entwickeln sich immer auch politische Bewegung und Solidarität. Der aktuelle Kampf um die Pizzeria und der kommende Kampf um die Rote Flora stehen nicht getrennt von einander, sondern sind Teil des Versuchs, den herrschenden Verhältnissen die Pflege und Kultivierung von Störfaktoren sowie die selbstbestimmte Aneignung des Lebens entgegenzusetzen.
Wir wünschen Euch viel Kraft und senden solidarische Grüsse aus der Roten Flora.
Kämpfe werden gemeinsam gewonnen!
Macht's wie beim Akademiker-Ball!
Achte auf Ankündigungen aus Wien!

Rote Flora



[Hamburg] Eine militante Nachbetrachtung

Obwohl wir nichts von Schusswaffengebrauch in die Überschrift geschrieben haben, können wir uns schon jetzt einer gewissen Aufmerksamkeit sicher sein. Die einen werden weitere militaristische Tipps und Anekdoten erwarten, der Boulevard und die ausgemachten Gegner*innen einer radikalen Linken weitere Zitate, die sie in ihrer idiosynkratischen Ablehnung bestärken und andere wiederum werden genervt aufseufzen und sich die Frage stellen, ob eine weitere militante Auswertung wirklich Not tut. Und okay, es wird sicherlich auch einige geben, die sich über eine solche Auseinandersetzungen freuen. Doch egal ob Freude, Hass, Ablehnung oder Sympathie - die Aufmerksamkeit ist unser!

Obwohl wir nichts von Schusswaffengebrauch in die Überschrift geschrieben haben, können wir uns schon jetzt einer gewissen Aufmerksamkeit sicher sein. Die einen werden weitere militaristische Tipps und Anekdoten erwarten, der Boulevard und die ausgemachten Gegner*innen einer radikalen Linken weitere Zitate, die sie in ihrer idiosynkratischen Ablehnung bestärken und andere wiederum werden genervt aufseufzen und sich die Frage stellen, ob eine weitere militante Auswertung wirklich Not tut. Und okay, es wird sicherlich auch einige geben, die sich über eine solche Auseinandersetzungen freuen. Doch egal ob Freude, Hass, Ablehnung oder Sympathie - die Aufmerksamkeit ist unser! Die militant geführten Auseinandersetzungen um die Rote Flora, die Esso-Häuser und die aus einem autonomen Spektrum unterstützen Flüchtlingsproteste der Lampedusa-Gruppe in Hamburg haben bundes- und weltweit eine große Welle an Interesse und Presseberichterstattung losgetreten. Dies ist nicht nur in erster Linie den direkten Aktionen geschuldet – das Law-and-Order-Gehabe der Hamburger Polizei und des Hamburger Senats hat ihr Übriges dazu beigetragen. Im grob umrissenen Spannungsfeld zwischen populistischer Berichterstattung und dem kaum verhohlenen Hass gegen „die kriminellen Chaoten“, einer liberalen Position, die sowohl in den direkten Aktionen als auch im Agieren des Hamburger Senats eine Gefährdung der bundesdeutschen Demokratie sieht und autonomen Positionen, die sich in den ersten Tagen nach Hamburg – zu mindestens im eigenen öffentlichen Diskurs – vor allem mit der Frage beschäftigten, wie „noch effektiver kaputt machen“, stellen wir uns die Frage, was kann militante Politik und was wollen wir damit überhaupt.

Militanz

Militanz bedeutet für uns vor allem eins: Den bestehenden Verhältnissen gegenüber eine unversöhnliche Position einzunehmen und sie überall dort zu kritisieren und anzugreifen, wo sie uns entgegentreten. Was erst einmal nur wie ein schöner, radikaler Allgemeinplatz klingt, ist in unseren Augen eine deutliche Erweiterung des Militanzbegriffs. Diese Lesart ist nicht neu und schon gar nicht von uns erfunden, eröffnet aber einen größeren Raum für Diskussionen. Wir hatten allerdings den Eindruck, dass in einigen Indymediaartikeln und Kommentaren Militanz mit direkten Aktionen gleichgesetzt wird. Eine Verkürzung, mit der wir uns selbst keinen Gefallen tun und die Grundlage für die Trennung in „friedliche“ und „gewaltbereite“ Demonstrant*innen/Aktivist*innen legen.

Eine militante Politik fußt aus unserer Sicht auf einer „Politik der ersten Person“ ohne sich dabei vereinzeln zu lassen. Denn auch wenn wir Stellvertreter*innenpolitik ablehnen, brauchen wir eine kollektive Organisierung, gemeinsame Perspektiven und eine solidarische Bezugnahme aufeinander. Militante Politik zeigt sich in unserer alltäglichen Praxis, in unserem Aufbegehren gegen sexistische und rassistische Strukturen und Diskriminierungen, in Versuchen trotz kapitalistischer Vereinzelungstendenzen unser Leben gemeinsam zu organisieren, Arbeit und Ausbeutung, Kindererziehung und Reproduktionsarbeit zu kollektivieren. Sie ist in erster Linie der Versuch einer konsequenten und radikalen Politik. Dabei stoßen wir immer wieder an Grenzen und werden enttäuscht, können eigenen Ansprüchen nicht gerecht werden oder reproduzieren Verhältnisse, die wir hassen. Dies kann gar nicht anders sein, denn wir sind weder Superheld*innen noch unfehlbar. Aber die fortdauernden Versuche und die kreativen Lösungen sind es, die unsere Politik auszeichnen und lebenswert machen. Fragend schreiten wir voran, ohne dabei ziellos zu sein – alles andere führt zu Dogmatismus und Engstirnigkeit.

In unseren politischen Auseinandersetzung und bei der Bewältigung unseres Alltages probieren wir immer wieder neue Aktionsformen aus, greifen auf alte zurück oder modifizieren sie. Der Teil, in dem wir uns in direkte Aktionen begeben, uns mit Steinen gegen Polizisten wehren oder Schaufensterscheiben zertrümmern, ist dabei marginal. Wir sitzen stundenlang auf Plenas, versuchen uns zu organisieren und anderen dabei zu helfen, wir diskutieren, schreiben Aufrufe und Flyer, gehen auf Demos, kochen in Vokϋs, Feiern, gehen einklauen und tausend Sachen mehr. Dies ist unsere politische Praxis, zu der eben auch direkte Aktionen gehören. Diese sind aber nur Momente unter vielen, ein strategisches Mittel, eine Aktionsform, eine Möglichkeit des Aufbegehrens.

Unser „wir“ ist ein wir bestehend aus Freund*innen, Genoss*innen, uns lieben oder wohlgesonnen Gruppen und Zusammenhängen, aus Menschen, über die wir uns manchmal ärgern, auf die wir aber solidarisch Bezug nehmen können, aus Menschen mit denen wir hier und dort mal zusammenarbeiten. Unser „wir“ versucht nicht Trennendes wegzudiskutieren oder glattzubügeln, allzu bewusst sind wir uns darüber, welche inhaltlichen Differenzen es gibt, auch zu Menschen, deren Selbstverständnis ein „linkes“ ist, deren Inhalte wir aber nicht teilen. Dabei gibt es Unterschiede, über die wir diskutieren können und Meinungen, dir wir konsequent ablehnen.

Hamburch

Die Auswertung mit der Mobilisierung zu der Demonstration am 21.12. beginnen lassen ist zwingend verkürzt. Die aktuelle Auseinandersetzung so zu reduzieren ist eigentlich unzulässig, da sie nicht in einem luftleeren Raum geschieht und wir nicht die steineschmeißenden Riotaliens sind, für die uns ein Teil der Hamburger Presse und Politik hält. Uns ist auch gerade im Bezug auf die Berichterstattung und auf die Kritik wichtig festzustellen, dass wir diejenigen sind, die seit Jahren Politik im Stadtteil, in Antira-/Antifazusammenhängen, in sozialen Zentren, in Fußballstadien, in einer Kunst- und Kulturszene, in feministischen Gruppen und in all dem was sonst noch an „Teilbereichskämpfen“ existiert, machen. Und wir sind diejenigen, die in den Stadtteilen wohnen, arbeiten, studieren, Kinder sind und selbst welche groß ziehen. Diese Kämpfe, Kontakte und Verbindungen sind es, die uns ein militantes Handeln ermöglichen und die uns auch zu Ansprechpartner*innen für unsere Politik und unsere direkten Aktionen machen. Dabei müssen wir nicht aus Hamburg sein, um uns mit diesen Kämpfen zu solidarisieren. Wir führen sie genauso in Berlin, Dresden und Gütersloh, Athen, Minsk und Mexiko City.

Erwähnenswert für die Mobilisierung

scheint uns die Bezugnahme auf die Kämpfe der Lampedusa-Gruppe in Hamburg zu sein, die mit viel Unterstützung aus dem Stadtteil den Versucht gewagt hat, sich selbst zu organisieren und zu artikulieren, was ihre Forderungen und ihre Kritik sind. Die autonome Bezugnahme auf diesen Organisationsversuch war vor allem eine solidarische, eine ergänzende, aber auch eine, die viele Überschneidungen hatte. Die Idee die Proteste mit einer konfrontativeren Politik zu begleiten, dabei zu unterstützen, aber auch eigene Wege und Aktionsformen zu wählen, halten wir für eine sehr gute Idee. Die breite Unterstützung für diesen Weg hat sich zum einen in der Presseberichterstattung, aber auch in Mobilisierungserfolgen wie der Demo am 2. November gezeigt. Der Verlauf dieser Großdemonstration mit über 15 000 Menschen war das, was in der Presselandschaft verkürzt als „friedlich" bezeichnet wird. Er war also nicht von konfrontativen Auseinandersetzung geprägt wie die Demo am 21.12. Für uns ist dies Ausdruck einer Stärke und genau der richtige und reflektierte Umgang mit einer militanten Politik und direkten Aktionen. Wir entscheiden wann es richtig ist, eine direkte Auseinandersetzung mit der Polizei oder anderen Akteur*innen zu suchen und lassen uns dies nicht diktieren. Mal ist es angemessen und schafft unsere Positionen zu stärken, mal kann es dazu führen Menschen und Ziele zu gefährden. Gerade die Mischung aus niedrigschwelligen und direkten Aktionen haben die Diskussion um die Flüchtlingsproteste zugespitzt und öffentlich deutlich wahrnehmbarer gemacht. Uns hat dabei gefreut, dass diese Inhalte und die Protestform auch in anderen Städten aufgegriffen wurden. Dabei fallen uns zum Beispiel die Solibesetzungen von SPD-Zentralen in Hamburg, Berlin, Leipzig und Frankfurt am Main ein.

Auch wenn wir die Verschränkung der drei Themenfelder Rote Flora, Lampedusa-Gruppe und Esso-Häuser in der Tendenz begrüßen, müssen wir doch feststellen, dass die Bereiche und die Aktionsformen, die wir wählen können, um mit ihnen umzugehen, zu weit auseinander lagen. Eine sehr konfrontative Haltung, wie wir sie bei der Roten Flora einnehmen können, verbietet sich in unseren Augen gleichzeitig, wenn Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus die Teilnahme an der gleichen Demonstration ermöglicht werden soll. Es wäre an dieser Stelle wert, darüber nachzudenken, ob die Mobilisierung aus diesem Grunde nicht von Anfang an eine andere Richtung hätte einschlagen müssen oder nicht besser einzelne Themenfelder ausgegliedert worden wären. Gleichzeitig geben wir aber zu bedenken, dass die Mobilisierung und Berichterstattung zur Roten Flora bereits sehr früh eine erkennbar konfrontative Richtung einschlug, die wir durchaus begrüßen.
Wir haben uns trotzdem über die Mobilisierung aus Hamburg gefreut, weil sie in erfrischender Art und Weise konsequent und unversöhnlich war und weil sie gleichzeitig eine breite Reflexion der eigenen Situation, des aktuellen Stands und der Perspektiven darin aufgemacht hat.

21.12.13

Sich im Nachhinein hinzustellen und zu sagen, „naja war ja abzusehen" ist immer einfach. Dennoch glauben wir sagen zu können, dass ein so gearteter Polizeieinsatz zu erwarten war. Sicherlich ist die Unverfrorenheit der Polizeiführung, die Demonstration gar nicht erst loslaufen zu lassen, sondern sie auf dem Schulterblatt zu kesseln, eine besonders drastische Maßnahme gewesen, für die es vor allem aus einer linksliberalen Position wenig Verständnis gab. Wir glauben zwar, dass es für die Polizeiführung einen ganz praktischen Sinn hatte einen Teil der Demonstrant*innen zu kesseln, einen Gefallen haben sie sich damit nicht getan. Ein Großteil der eingesetzten Beamt*innen und das Aufstandsbekämpfungsgerät direkt um den Auftaktort in Stellung zu bringen, hat zum einen politisch deutlich gemacht, dass eine Durchführung der Demonstration gar nicht angedacht war, hat aber gleichzeitig auch die Chance eröffnet, an anderen Stellen aktiv zu werden. Wir hätten es als einen Ausdruck von Stärke angesehen, die große Menge von 10 000 Unterstützer*innen in Bewegung zu sehen, aber die Chance gab es schlichtweg nicht. Die für uns an dieser Stelle interessante Frage ist, wie mit dieser Situation kreativ und geschickt umzugehen ist. Wir halten die massiven Sachbeschädigungen, das beständige in Bewegung bleiben und an ganz unterschiedlichen Orten zu demonstrieren und zu agieren, für einen gelungenen und sinnvollen Umgang mit der Situation. Die völlig überforderte Polizei und die unterschiedlichen Räume, die sich eröffneten, scheinen uns Recht zu geben. Wir halten Diskussionsansätze, die quasi militaristisch argumentieren, wie etwa der Beitrag „Irgendwann werden wir schießen müssen" oder „HH2112 und eine militante Zukunft auf der Straße" für nicht sinnvoll. Es macht ganz sicherlich Sinn zu diskutieren, wie wir mit der Situation auf der gestürmten Demonstration besser hätten umgehen können, wie entschlossener Gegenwehr gegen die anstürmenden und prügelnden Sondereinheiten der Polizei hätte geleistet werden können oder wo strategische Fehler lagen, aber bei aller Liebe ist dies nicht unser erster Gedanke und ganz sicherlich nicht der erste Text, den wir verfassen würden. Eine quasi militärische Konfrontation mit dem hochgerüsteten Polizeiapparat ist nicht direkt zu gewinnen und der Stil in dem die Texte verfasst wurden, lässt die Frage aufkommen, wo hier der eigentliche Wert politisch-militanter Aktionen gesehen wird. So lang feste draufzuhauen, damit der „Bullenstaat" sein „faschistisches Antlitz" zeigt, ist weder praktikabel noch sinnvoll und im Endeffekt Rumgemacker.

Der Tag danach...

Wir sind der Ansicht, dass eine politische Auseinandersetzung vor allem auch in den Tagen danach stattfindet, in der Rezeption, der Auswertung und weiteren Aktionen. Es war klar und auch so gewollt, dass die Demonstration, die Sachbeschädigungen und die Aktionen des Tages eine breite öffentliche und mediale Diskussion erzeugen. Eine Diskussion allerdings, die allzu oft über uns und an uns vorbei geführt wird. In einer Gesellschaft, in der wir eine radikale Position einnehmen und offensiv vertreten, ist dabei völlig klar, dass es Kritik an unserem Vorgehen und Handeln gibt und geben wird. Diese Kritik halten wir in einigen Facetten auch durchaus für sinnvoll und richtig, nur ist auch klar, dass sie in den allermeisten Fällen aus einem eigenen politischen Anspruch heraus gegen uns und unsere Positionen geführt wird. Die allzu antagonistische Position, die die Autor*immen des Diskussionsbeitrags „HH2112 und eine militante Zukunft auf der Straße" für sich in Anspruch nehmen, halten wir für eine wirklichkeitsfremde Illusion. Wir sind keine von der restlichen Gesellschaft losgelöst agierenden Individuen, auch wenn viele unserer Positionen in einem diametralen Widerspruch zu den Praxen und Positionen dieser Gesellschaft stehen. Die arrogante Position zu glauben, dass wir avantgardistische Revolutionskader sind, gefällt uns nicht.

Mit einer gewissen Faszination haben wir die medialen Reaktionen der Hamburger Polizei und ihrer Dienstherren beobachtet, die zwischen dem Versuch von Gerissenheit und abgrundtiefer Dummheit schwankte. Schon das Statement des Polizeisprechers vor laufenden Kameras, die Demonstration wäre deshalb mit großer Brutalität aufgelöst worden, weil sie zu früh losgelaufen war, hat uns am Verstand des Pressesprechers zweifeln lassen. Ein Widerspruch in Wort und Bild, der sich durchaus auch in der Berichterstattung der liberalen Tageszeitungen, sowie überraschender

#HH2112

Weise sogar der dpa heraus lesen ließ. Doch bevor die Berichterstattung zu Ungunsten der Polizei kippte, fingierte diese einen Angriff auf die Davidswache am 28.12. mit einem dabei angeblich schwerverletzten Polizisten. Ein medialer Schachzug, der in den ersten Tagen Wirkung zeigte und all denen Wasser auf die Mühlen goss, die eine Dämonisierung einer radikalen Linken betreiben, die sich eine harte Law-and-Order-Politik wünschen oder schlichtweg noch krassere Waffen für die Polizei haben wollen. Das Ausrufen des „Gefahrengebietes“ ist in unseren Augen der Gipfel der Versuche der Hamburger Polizei und der Hamburger SPD, den sozialen und politischen Protest mit reinen Mitteln der polizeilichen „Stärke“ in den Griff zu bekommen. In unseren Augen einer ihrer schönsten und dümmsten Fehler.

Wir glauben, dass unsere eigentliche Stärke in diesem Fall nicht die konfrontative Auseinandersetzung auf der Straße am 21.12. war, sondern die Reaktion auf die Repressionsversuche der Polizei. Die öffentliche Erklärung der Anwält*innen, die subversiven Aktionen im Schanzenviertel und Sankt Pauli, der ironisch-konfrontative Umgang mit dem Gefahrengebiet, Menschen mit Klobürsten und Tütchen voll Katzenscheiße und der lange Atem sind es, die der Hamburger Polizei in dieser Zeit wirklich zugesetzt haben. Dies sind Momente, die einer linksliberalen Öffentlichkeit Anknüpfungspunkte bieten und die künstliche Trennung zwischen „gewalttätigen Chaoten“ einerseits und den „witzigen friedlichen“ Demonstrant*innen auf der anderen Seite ad absurdum führen. Zu glauben, dass es sich dabei um völlig unterschiedliche Spektren handelt, die unabhängig voneinander vor sich hinarbeiten, ist eine Illusion, an die sich eine öffentliche Rezeption klammert. Eine Illusion die gebraucht wird, um zu trennen und sich dabei selbst zu vergewissern.

Und nu?

Auch wenn wir es für übertrieben halten, im Kontext der Ereignisse von Euphorie zu sprechen, müssen wir schon zugeben, dass wir eigentlich hoch zufrieden mit uns und der Situation sind. Wir hatten einen guten Tag am 21.12. und auch wenn wir einen Blick auf die darauf folgenden Tage und Aktionen werfen, gibt es von unserer Seite wenig auszusetzen. Und als kleines Boni haben wir uns ganz nebenbei köstlich über die Hamburger Bullen und den Senat amüsiert. Wir wollen jetzt nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Tag für viele Freund*innen und Genosse*innen bedeutete stundenlang im Kessel zu stehen, Pfeffer abzubekommen und verletzt zu werden und auch nicht leugnen, dass uns die Berichterstattung gerade nach dem erfundenen Angriff auf die Davidswache am 28.12. kalte Schauer über den Rücken gejagt hat und wir kopfschüttelnd die ganzen Dämonisierungsversuche in der Presse gelesen haben. Gerade in den ersten Tagen nachdem vermeintlichen Angriff in denen wir als Mörder*innen, Totschläger*innen, Kriminelle oder wahlweise kriminelle Chaot*innen beschimpft wurden, haben uns gewaltig am Verstand der Autor*innen und ihrer Urheber*innen zweifeln lassen. Die zutiefst antidemokratischen, elitären, chauvinistischen und faschistoiden Analysen und Lösungsvorschläge, die zum Teil zu lesen waren, geben einen besorgniserregenden Blick auf diese Gesellschaft frei. Einen Innensenator, der am 25.12. um 22:30 auf seiner eigenen Internetseite in der Kommentarspalte Nutzer*innen anpöbelt, die ihn kritisieren, kann man im besten Fall „engagiert“ nennen, realistischer aber als rachsüchtigen Spinner abtun. Auch die Polizeiführung scheint mit der Gegenwehr, den zum Teil monatelangen Aktionen und Demonstrationen auf der Straße und den Angriffen auf ihre Polizeireviere nicht umgehen zu können. Wir haben den Eindruck, dass sie über weite Phasen völlig kopflos agierte und sich allzu sehr auf ihre „militärische“ Stärke verlassen hat. Das Statement des Pressesprecher und als Gipfel der erfundene Angriff auf die Davidswache sehen wir als gründlichen Flop der Pressearbeit der Polizei an. Das Ganze wirkte derart hilflos, dass vielen Anwohner*innen und Beobachter*innen im Stadtteil und in der Presse der Bruch zwischen behaupteten Tatsachen und der Realität zu deutlich wurde, als dass er zu ignorieren war. Auch das Ausrufen des „Gefahrengebietes“ war dem Ansinnen der Polizei und des Senates sicherlich nicht förderlich, sondern führte zu breiten Solidarisierungseffekten. Gerade der ironische-spielerische Umgang mit dem Gefahrengebiet, das Ausnutzen des von der Polizei abgesteckten Gebiets als Spielfeld für humorvolle Konfrontation und das Ausreizen von Möglichkeiten war politisch sinnvoll, hat Spaß gemacht und war für viele Menschen sicherlich auch ermutigend und politisierend.

Gleichzeitig hat das Vorgehen in Hamburg Strahlkraft, macht Mut und führt zu einer breiteren Debatte auch in einem liberalen bzw. linksliberalen Milieu. Wenn die taz in mehreren aufeinander folgenden Kommentaren eine Militanzdebatte aufgreift und führt – wenn auch kritisch und in der Tendenz ablehnend – wenn Menschen, die in der Regel eine direkte Konfrontation ablehnen, sich solidarisch und verständnisvoll äußern, dann freuen wir uns darüber und begrüßen das. Hier gilt es weiter zu machen und unsere militante Perspektive offensiv und selbstbewusst zu vertreten.

Es fällt schwer zu bewerten, wie sehr Hamburg 21.12 ein Erfolg war. Wir haben ein gespenstisches Aufbäumen konservativer, populistischer Freund*innen von Law-and-Order-Politik gesehen, aber auch unsere eigene Stärke und Solidarität erlebt. Wir glauben, dass der Weg, den die Genoss*innen in Hamburg eingeschlagen haben, richtig war, dass es weiterhin aber notwendig ist, an unseren Kontakten, Verbindungen und Strukturen zu arbeiten. Dass es vor allem auch notwendig ist, eine breite öffentliche Wahrnehmbarkeit unserer eigenen Positionen zu erreichen. Wir meinen damit nicht eine verbesserte klassische Pressearbeit verbunden mit der Hoffnung, ein paar wohlwollende Zeilen zugeworfen zu bekommen. Wir sind der Ansicht, dass wir unser Handeln und Tun sowohl reflektieren, als auch nachvollziehbar und erklärbar gestalten müssen. Dies heißt nicht Anpassung, sondern Kommunikationsarbeit auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Räumen. Um es an dieser Stelle kurz zu machen, halten wir eine militante Praxis mit ihren direkten Aktionen, die keine Verankerung hat für hoffnungslos. Dabei ist klar, dass eine selbstbewusste militante Position Konfrontation mit den bestehenden Verhältnissen bedeutet - ein Kampf für deren Aufhebung eine Konfrontation mit den Akteur*innen die von ihnen profitieren. Die Auseinandersetzungen in Hamburg als einen notwendigen Schritt in Richtung Bürgerkrieg zu interpretieren, entspringt den absurden Gewaltphantasien einiger und ist zum Scheitern verurteilt. Die bessere Welt, die wir anstreben, können und müssen wir nicht militärisch erobern. Wir müssen sie lediglich neu schaffen, durch uns und unsere Praxis. Heute!

Einige Autonome auf Reisen

Wir haben diesen Text verfasst, weil wir uns eine ausführliche und kollektive Reflexion der Ereignisse um die Auseinandersetzungen in Hamburg wünschen. Wir haben allerdings keinen Bock auf dahin gerotzte Kommentare in den Onlinekommentarspalten von indymedia und co. Wir freuen uns über Ergänzungen, Kritik und weitere Auswertungstexte, sowie eine Diskussion über eine militante Praxis. Wir regen an diese Diskussion auf Papier zu führen und schlagen als Austragungsort das „Autonome Blättchen“ vor.

Hamburg muss sterben, damit wir leben können!

Am Samstag den 21.12.13 haben in Hamburg viele Menschen das Richtige getan. Sie haben sich nicht einschüchtern lassen. Sie haben keine Lichterketten gebildet. Sie haben keine Unterschriftenlisten angefertigt. Sie haben nicht protestiert.
Sie haben Widerstand geleistet. Sie sind aufgestanden. Sie sind auf die Straße gegangen, und sie haben diese Scheissstadt angezündet.
Diese richtige Praxis folgt aber nicht bei allen aus der richtigen Theorie; und das ist gefährlich. Denn dadurch ist die Verteidigung der Flora unbeständig. Es gilt die Verteidigung der Flora auf ein theoretisches Fundament zu setzen, damit sie vor Versuchen sie in Reformismus oder andere Sackgassen zu lenken, sicher ist. Die autonome Bewegung muss sich mit sich selbst darüber verständigen, warum, wie und gegen wen sie kämpft.

Die Herrschaft kritisieren.

In der autonomen Bewegung, sei es mit queeren, anarchistischen, kommunistischen, antinationalen, antideutschen, oder antiimperialistischen Vorzeichen, herrscht einige Verwirrung darüber, was der Staat ist. Aktivist_innen, die sich Staatsfeinde nennen, werfen der lokalen Herrschaft, der Stadt Hamburg, vor, dass sie sie verraten habe, undemokratisch, ungerecht, oder sonstwas sei.
Dieser Vorwurf ist kein staatsfeindlicher, sondern ein staatsidealistischer. Der Herrschaft wird ein Ideal von Herrschaft gegenübergestellt. Es wird so getan, als sei diese Herrschaft doch eigentlich etwas Gutes, nur ihre Umsetzung sei schlecht. Im Glauben daran, dass Herrschaft eigentlich etwas Gutes sei, werden Schuldige gefunden, die aus der guten Herrschaft eine schlechte machen.
In Wirklichkeit ist Herrschaft aber immer schlecht. Wenn es um die Interessen der Unterdrückten ginge, dann wäre keine Herrschaft notwendig. Herrschaft ist permanente Gewalt, die notwendig ist, um Menschen zu gesellschaftlichen Verhältnissen zu zwingen, die nicht in ihrem Interesse sind.
Diese Herrschaft, der bürgerliche Staat, zwingt uns den Kapitalismus auf. Dazu gehört, dass der Staat das Recht auf Eigentum garantiert. Er garantiert, dass Menschen das Recht haben, andere von ihrem Reichtum auszuschließen. Er garantiert, dass der Reichtum nicht zu denen kommt, die ihn brauchen, sondern zu denen, die ihn bezahlen können.

Ein besetztes Haus ist eine praktische Kritik daran. Denn ein besetztes Haus heißt:"Wir brauchen dieses Haus. Wir nehmen es uns. Und wir scheißen auf das Recht!"
Deswegen ist es auch kein Wunder, dass der Staat besetzte Projekte immerzu angreift, sei es mit der Gewalt seiner Polizei oder mit dem Drängen zu einer legalen Lösung.



Allerdings ist ein besetztes Haus nur Symbol der Kritik. Damit der Inhalt nicht verloren geht, muss er von den Aktivist_innen fortlaufend formuliert werden. Nur so kann es möglich werden, dem Anspruch sozialer Emanzipation gerecht zu werden. Nur so kann die autonome Bewegung mehr sein als identitäres Abhängen im eigenen Haus. Nur so kann die Forderung der Revolution mehr sein als Parole.

Widerstand statt Protest

"Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht." Aktivist* der Black Power Bewegung auf der Vietnamkonferenz in Berlin, 1968
Protest ist ein Dialog mit der Herrschaft. Protestierende erklären ihr Anliegen zu einem Ordnungsfall für den Staat. Gewalttätiger Protest ist da nicht besser. Wer einen Stein nur schmeißt, um „gehört zu werden", kann gleich Unterschriften sammeln. Widerstand hingegen wendet sich gegen den Staat. Widerstand bekennt sich zum Gegensatz von Herrschaft und Beherrschten. Widerstand weiss, dass Deutschland sterben muss, damit wir leben können.
Dieser Staat beherrscht uns. Wir sind ihm unterworfen. Er zwingt uns sein Recht auf, und ahndet jeden Rechtsbruch mit Gewalt. Er entscheidet über unsere Lebensbedingungen. Er entscheidet, ob wir demonstrieren dürfen, ob wir angegriffen werden, ob wir in den Knast gehen, wie viel Hartz 4 wir kriegen, ob wir streiken dürfen, und wann seine Bullen uns erschiessen .
Dieser Staat hat sich dafür entschieden die kapitalistische Produktionsweise zu verwalten. Er besteuert seine Bürger, nimmt sich also einen Teil ihres geldförmigen Reichtums und bezahlt damit seine Herrschaft. Die Akkumulation des Kapitals ist die Quelle seiner Macht – gleichzeitig sein wunder Punkt.
Die Riots vom 21.12.13 haben massive Störungen der Infrastruktur verursacht, selbst der überregionale Bahnverkehr wurde behindert, die Umsätze des Einzelhandels in der Innenstadt sind bis zu 80% unter den Prognosen geblieben, das Polizeiaufgebot hat riesige Summen verschlungen, die Sachschäden waren immens.
Die Riots haben den Staat dort getroffen, wo es wehtut.
Allerdings sollten wir uns nichts vormachen. Wir sind immer noch die Untertanen, und sie die Herrschaft. Wir setzen mit Riots, Angriffen auf Bullen, die Infrastruktur oder Geschäfte nur Bedingungen. Der Staat entscheidet weiterhin souverän, wie er sich darauf bezieht. Er kann sich gleichgültig dazu stellen, er kann sich beugen, oder beschliessen, umso härter gegen uns vorzugehen.
Doch Gegenmacht aufzubauen, heißt genau das tun. Aus der Position der Ohnmacht Widerstand zu leisten, um Deutschland abzuschaffen, und auf dem Weg da hin diesem Staat alles abzutrotzen, was geht. In diesem Fall heißt Widerstand klar zu machen, was

#HH2112

eine Räumung der Roten Flora für den Standort Hamburg bedeutet.

Natürlich dürfen Steine geschmissen werden

Wir wollen Avanti und die DKP zwar nicht zur autonomen Bewegung dazurechnen, aber aus ungefähr solchen Kreisen hört man zurzeit auch öfter mal so Sätze wie „diese Form der Gewalt ist nicht anschlussfähig, (den Massen) nicht vermittelbar" oder so ähnlich.
Die Massen sind nationalistisch. Die Leserschaft von Bild bis taz ist sich einig: Der Staat soll ein Monopol auf Gewalt haben.
Revolutionäre, staatsfeindliche Praxis heißt mit diesem Konsens der Nationalisten brechen. Das kann man „vermitteln" in dem man die Staatsaffirmation und den Nationalismus der Leute kritisiert, nicht indem man sich diesem notwendig falschen Bewusstsein anbiedert.
Wer seine Praxis an dem Verständnis der Presse und ihrer Leser_innen ausrichtet, steht auf der anderen Seite der Barrikaden. Es geht übrigens nicht darum, ob Bullen nun Schweine oder Menschen sind. Gerne wird der politischen Gewalt ja auch entgegengehalten Bullen erfüllten „nur" eine Funktion. Genau. Sie erfüllen eine Funktion.
Sie prügeln uns auf Demos weg. Sie filzen uns. Sie treten unsere Türen ein. Sie foltern uns auf dem Revier. Sie brechen uns die Hände bei der ED. Sie durchwühlen unsere Unterwäsche. Sie hören unsere Telefonate ab. Sie verfolgen uns. Sie halten uns die Knarre an den Kopf.
Sie erfüllen eine Funktion im demokratischen Rechtsstaat; und manchmal ein bisschen mehr. Es ist nicht menschenverachtend Steine auf sie zu werfen. Es ist menschenverachtend es nicht zu tun.

Flora bleibt! Hamburg anzünden!
Deutschland abschaffen!
Für den Kommunismus!

*Autonome Kommunist*innen Hamburg*
Im heissen Jahreswechsel 2013/2014

1) n unserer Staatskritik beziehen wir uns auf „Der bürgerliche Staat" aus dem Gegenstandpunkt Verlag. Das soll nicht heissen, dass wir etwas mit ihrer Revolutionstheorie, ihrer autoritären Organisationsstruktur oder ihrer Ignoranz gegenüber Antisemitismus und Sexismus zu tun haben wollen.

Pressemitteilung zur Pressekonferenz am 16.1.2014 in der Roten Flora

Einsatzkonzept der Polizei am 21.12. war die Demonstration zu verhindern.

Die eingesetzten Einheiten hatten zudem offensichtlich den Auftrag möglichst viele Demonstrationsteilnehmer_innen zu verletzen, statt gesicherte Festnahmen zu machen. Die Zahlen der Fest- und Ingewahrsamnahmen gegenüber der großen Anzahl an Verletzten machen dies deutlich. (ca.20 Festnahmen und über 200 Ingewahrsamnahmen – allein aus dem Kessel in der Kastanienallee stammen über 200)
Es kam den ganzen Tag über zu Rechtsbrüchen durch die Polizei:

- verbotener Einsatz von Tonfa und Schlagstöcken oberhalb der Schulter,
- verbotener flächendeckender Einsatz von Pfefferspray,
- massenhafter Freiheitsentzug – bis zu acht Stunden im Kessel Kastanienallee ohne ausreichende Rechtsgrundlage und ohne die vorgeschriebene Möglichkeit eine Toilette nutzen zu können.
- Einzelne wurden bis zu13 Stunden festgehalten.
- Zudem wurden Rechtsanwält_iknen und Pressevertreter_innen massiv in ihrer Arbeit eingeschränkt und behindert, indem sie teilweise mittels körperlicher Polizeigewalt aufgehalten wurden.

Zu den Verletzten konkret:
Vorläufig kommen wir nach unseren Ermittlungen zu dem Stand, dass durch die Polizei 443 Personen verletzt wurden. Hinzu kommen mehrere hundert Personen, die aufgrund von Pfefferspray zu versorgen waren. 380 Personen erlitten leichte Verletzungen (d.h.: z.B. starke Unterkühlung nach dem Einsatz von Wasserwerfern, mit anschließendem stundenlangem Stehen im Polizeikessel, Platzwunden die nicht genäht werden mussten, flächige Schürfungen usw. Nicht erfasst sind: Prellungen und kleinere Wunden.).
Gesichert sind nach dem bisherigen Stand 63 Personen schwer verletzt worden (z.B. Bewusstlose, Mehrfachbrüche, Kopfverletzungen durch Tonfa- und Schlagstokkschläge, Frakturen an Unterarmen, Hand, Finger- und Fußknochen). Von diesen Schwerverletzten sind mindestens 28 mit dem RTW ins Krankenhaus gebracht worden, mindestens 40 Aktivist_innen sind in die Notaufnahmen der Krankenhäuser gebracht worden, einige von ihnen wurden stationär aufgenommen (Schädel-Hirn-Trauma, verdacht auf Wirbelsäulentrauma). Selbst erfahrene Sanitäter_innen waren über die Masse und das Ausmaß der Verletzungen schockiert.
Dass an diesem Tag nicht noch schlimmeres passiert ist, ist allein den Teilnehmer_innen der Demonstration zu verdanken. Nach Auflösen der Demonstration durch die Polizei entstand beispielsweise in der Juliusstraße Ecke Schulterblatt über längere Zeit eine extrem beengte Situation. Die dort befindlichen Menschen wurden von Polizeikräften extrem eng zusammen-gedrängt und waren teilweise in Fahrradständern oder zwischen Autos verkeilt, so dass viele vor Panik in Tränen ausbrachen. Parallel setzten die Einsatzkräfte auch gegen wehrlose Personen in dieser Situation Pfefferspray ein. Eine Massenpanik konnte dank



des besonnenen Verhaltens der Demonstrationsteilnehmer_innen verhindert werden.
Entgegen der Behauptung der Polizei war es auch Einzelpersonen nicht möglich sich aus dieser Situation zu entfernen. Die Beamt_innen im Schulterblatt verwiesen darauf sich in Richtung Juliusstraße zu entfernen, wohingegen die Beamt_innen in der Juliusstraße darauf verwiesen sich in Richtung Schulterblatt/Pferdemarkt zu entfernen. Faktisch bestand so über einen längeren Zeitraum ein enger Polizeikessel.
Zu den verletzten Polizeibeamt_innen:
Auch wenn wir für gewöhnlich eine Stellungnahme unsererseits dazu politisch nicht für sinnvoll erachten, haben wir uns entschieden aufgrund der medialen Ausschlachtung und Instrumentalisierung der verletzten Beamt_innen doch etwas dazu zusagen.
Wir wissen von zwei schwerer verletzten Polizist_innen, wobei die schwerste Verletzung durch einen Verkehrsunfall zustande gekommen ist, bei dem die betroffene Beamtin nicht angeschnallt war. Diese Verletzung hatte nichts mit dem eigentlichen Einsatzgeschehen zu tun. Unter den weiteren gemeldeten verletzten Beamt_innen, befinden sich einige, die sich vernünftigerweise durch eine Verletztmeldung dem Einsatz entzogen haben.
Im Zuge des Gefahrengebiets kam es permanent zu Überschreitungen der polizeilichen Kompetenzen wie: der Auflage sich nicht in Gruppen bewegen zu dürfen, zu nicht erlaubten Körperkontrollen, oder zu Aufenthaltsverboten für Anwohner_innen. Auch wurden Personen mittels Polizeigewalt zu Boden gebracht, nur um kontrolliert zu werden.
Das von der Polizeiführung angekündigte „Augenmaß" hat sich in Maßnahmen gezeigt wie der Kontrolle eines 70-jährigen Gewerbetreibenden, der ebenso kontrolliert wurde, wie völlig szene¬untypische Mittdreißiger. Letztere wurden der Lüge bezichtigt und erhielten ein Aufenthalts¬verbot, als sie angaben, sie wollen im Schanzenviertel essen gehen.
Die eingesetzten Beamt_innen agierten von Tag zu Tag brutaler.
Mindestens 3 Aktivisten wurden schwer verletzt, zahlreiche weitere erlitten leichtere Verletzungen (schmerzhaftes Würgen, flächige Schürfwunden, Prellungen).
Die bei den Kontrollen beschlagnahmten bisher öffentlich benannten „gefährlichen Gegenstände" sind mit Ausnahme der Feuerwerkskörper durchweg legal bei sich zu haben. Es handelte sich hierbei um Reizgas, das selbst von der Polizei zur Selbstverteidigung empfohlen wird, um Taschenmesser und auch um absolut lächerliche Dinge wie in der Tasche mitgeführte Sprüh¬farbe, und die bekannte als „Schlagwaffe" beschlagnahmte Klobürste).
Auch das Tragen von Halstüchern und Mützen, selbst in der Farbe Schwarz, stellt im Winter keinerlei Besonderheit dar. Dennoch benennt die Polizei all diese beschlagnahmten Gegenstände und Kleidungsstücke als Beleg des Erfolgs.
Durch das „Polizeigesetz" und das „Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei" ist der Polizeiapparat, losgelöst von politischer oder juristischer Kontrolle, selbst zum politischen Akteur geworden. Das stellt im Ansatz polizeistaatliche Strukturen dar. Die faktische Schaffung des Ausnahmezustandes im Gefahrengebiet haben wir erlebt. In den genannten Gesetzen wird aber auch der richterliche Vorbehalt z.B. beim Abhören von Telefonen oder beim Verwanzen von Wohnungen für einige Zeit ausgesetzt und die Polizei alleine kann über diese Maßnahmen entscheiden. Einen Polizeiapparat mit soviel Macht hat es hier seit 1945 nicht mehr gegeben.

EA Hamburg

SPLITTER DER NACHT

05.01.14-13.01.14

Auf der Straße gegen das Gefahrengebiet: Neben unzähligen Demos und Spontanen Versammlungen geht auch hin und wieder was kaputt.
Bilanz: Böller, Raketen, brennende Autos, ein Peterwagen kaputt, Flaschen und Steine für die Cops, ausgebuddelte Gehwegplatten, Feuer auf den Straßen – und reichlich frustrierte Polizisten.

14.02.14

„Sie warfen Farbbeutel gegen die Fassade, schmierten "Kopitzsch Bullenschwein" darunter. Unbekannte haben in der Nacht zu Donnerstag einen Anschlag auf Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch (65) verübt. Der ging jedoch voll in die Hose: Denn es wurde das Haus des Bruders beschmiert...
Es ist 6.45 Uhr, als Anwohner die Farbe an der Fassade des Alsterdorfer Hauses entdecken. Fünf Farbbeutel wurden geworfen. Dazu der "Bullenschwein"-Schriftzug. Blöd nur, dass der Polizeipräsident einige Häuser weiter in derselben Straße wie sein Bruder wohnt (...)" (aus der Mopo)



Leider ging das daneben, aber vielen Dank für den Hinweis, Mopo! (Anmerkung der Redaktion)

Wuchtige Stadtteilversammlung St. Pauli: Resolution verabschiedet, Widerstand angekündigt

Der Hamburger SPD-Senat muss sich warm anziehen: In einer vielfältigen und mit 400 Teilnehmer_innen voll besuchten Stadtteilversammlung, kündigen die Sanktpaulianer_innen weiteren Widerstand an. "Ihr vertetet uns nicht mehr!", sprach ein Teilnehmer dem Senat & Bürgerschaft jegliche Legitimation ab. "Wir wollen Eure Bauvorhaben nicht!". Unter begeistertem Applaus wurde eine Resolution verabschiedet, die vom Senat und Bezirk Garantien fordert, bevor die Häuser fallen. "Wir sollten uns erinnern: In St. Pauli haben wir die Fähigkeit entwickelt, Bauzäune zu Fall zu bringen." – so eine andere Stimme aus der Versammlung. Eine Diskutantin griff die Legitimationskrise der Bezirkspolitik auf und schlug vor die Stadtteilversammlung zu verstetigen und einen "konstituierenden Prozess" in Gang zu bringen. Denn neben Esso-Häuser-Planung und BID Reeperbahn+, neben Flora und Lampedusa in Hamburg, brennen weitere Probleme unter den Nägeln – auf die die Politik keine Antwort weiß. Weitere Aktionen sind in Vorbereitung.

Die Stadtteilversammlung St. Pauli erklärt:

Die Erosion demokratischer Rechte auf St. Pauli hat besorgniserregende Ausmaße erreicht. Der Hamburger SPD-Senat stellt sich taub: Kritik der Bevölkerung am Umgang mit der Gruppe Lampedusa oder mit den ESSO-Häusern, an Gentrifizierung oder an Gefahrengebieten wird mit Polizeimaßnahmen beantwortet. Statt von Verhandlungsbereitschaft sind wir Zeugen einer unbeweglichen Ordnungspolitik. Es muss sofort ein Kurswechsel her:

1. Refugees Welcome! Wir unterstützen die Forderungen der Lampedusa in Hamburg Gruppe und fordern Bleiberecht nach §23 und Arbeitserlaubnis für alle.

2. BID: Die derzeit herrschende Investorenlogik schafft soziale Verdrängung und urbane Verödung. Ein Business Improvement District Reeperbahn verstärkt diese Entwicklung, privatisiert öffentlichen Raum und darf nicht eingeführt werden.

3. Hände weg von der Roten Flora!

4. Abschaffung der Gefahrengebiete: Die gesetzliche Grundlagen für Gefahrengebiete muss ersatzlos gestrichten werden. Wir fordern außerdem das Ende von willkürlichen Polizeikontrollen nach äußerlichen Merkmalen.

5. ESSO-Häuser: Kaputtbesitzen durch Eigentümer darf nicht belohnt werden. Wir werden den Abriss der ESSO-Häuser nicht hinnehmen, bevor die Häuser fallen, müssen die politisch Verantwortlichen im Bezirk und im Senat sich bereit erklären, die folgenden Grundsätze im Umgang mit den ESSO-Häusern und dem Gelände festzulegen:

• Allen Wohnungsmieter/innen wird ein Rückkehrrecht zu den jetzigen oder besseren Bedingungen garantiert.
• Allen Gewerbemieter/innen werden eine Rückkehr mit langfristige Mietverträgen zu den bisherigen Mieten garantiert.
• Auf dem Gelände werden ausschließlich Sozialwohnungen gebaut. Eine öffentlich-genossenschaftliche Lösung muss angestrebt werden, um bezahlbaren Wohnungsbestand dauerhaft abzusichern. Genau daran fehlt es auf St. Pauli und in der Stadt.
• Es gibt einen von unten organisierten, demokratischen Planungsprozeß. St. Pauli hat längst gezeigt, dass das lokale Know-How interessante, soziale städtebauliche Lösungen entwickeln kann, die der hervorgehobenen Bedeutung des Geländes am Spielbudenplatz gerecht werden. Der Runde Tisch zu Park Fiction 1997/98 unter Senator Mirow belegt, dass das möglich ist – wenn der politische Wille da ist.
• Sollte die Bayerische Hausbau sich nicht an diese Grundsätze halten, muss ihr das Grundstück entzogen werden.

Wir laden alle Anwohner_innen und Interessierten dazu ein, ihr Wissen und ihre Ideen in diesen Prozess einzubringen – und werden umgehend damit beginnen, die Planung selbst in die Hand zu nehmen.



ESSO-Häuser: Tag X – St. Pauli wird laut

Am Tag X, wenn die ersten Bagger rollen und die Bayerische Hausbau mit dem Abriss beginnen will, soll es laut werden auf St. Pauli. „St. Pauli selber machen!" ruft für den Tag X um 19 Uhr zu einer spontanen Lärmdemonstration um 19 Uhr an den ESSO-Häusern auf.
Kommt alle, bringt Kochtöpfe, Trillerpfeifen, und andere Lärmgegenstände mit.

Kein Abriss ohne Garantien!
Zwar bewegt sich die Politik zurzeit schon in unsere Richtung. Allein rechtlich-verbindlich ist noch nichts garantiert.

Wir fordern:

• vertragsbewehrten Garantien für Läden und BewohnerInnen der ESSO-Häuser, zu denn bisherigen (oder besseren) Kondition zurückkehren zu können.
• 100% Sozialwohnungen, eine öffentlich-genossenschaftliche Lösung sowie eine verbindliche und durchsetzungsfähige Beteiligung des Stadtteils an der Planung.

Tag X | 19 Uhr | Lärmdemo – St. Pauli wird laut!

Kommt zu den Squatting Days 2014 in Hamburg!

Vom 27. bis 31. August werden wir gemeinsam Hausbesetzungen zum Thema machen. Lasst uns Erfahrungen austauschen, diskutieren, um die Häuser ziehen und Aktionen starten.

Die Gründe für Besetzungen sind zahlreich und unterschiedlich: Um unbezahlbaren und steigenden Mieten etwas entgegenzusetzen, einen drohenden Abriss zu verhindern, aus der Notwendigkeit für neue, selbstverwaltete und unkommerzielle Räume, zum Wohnen, für Atelierräume, Werkstätten, Kulturzentren und vieles, vieles mehr.

Die Häuser um uns herum stehen leer

Viele Menschen schlafen auf Straßen , in Parks, unter Brücken, in Wohnzimmern bei Freund_innen, in Turnhallen, in Flüchtlings- und Notunterkünften und in viel zu teuren WG-Zimmern. Mieten steigen, ganze Viertel werden unstrukturiert, alternative Orte sind bedroht, und teils trotz Widerstands leider verloren.

Gründe, in leere Häuser einzuziehen oder nicht aus unseren Wohnungen auszuziehen haben wir genug. Leerstand wieder mit Leben zu füllen, sich Räume anzueignen und zu nutzen bietet außerdem die Möglichkeit,das eigene Leben selbstbestimmt(er) zu organisieren und zu leben. Besetzte Häuser können Orte für Utopien sein, können Raum bieten für selbstgestaltetes Wohnen und für die Arbeit von Initiativen und Gruppen, für gemeinsames Ausprobieren und Finden bisher unbekannter Probleme und Lösungswege… Aktivist_innen verstehen Besetzungen nicht selten als Angriffe auf die herrschenden Verhältnisse, als Symbol gegen kapitalistische Wohnungspolitik und verbinden den Kampf um Häuser mit dem Kampf um ein besseres Leben.

Wie erhöhen wir unsere Chancen auf erfolgreiche Besetzungen? Was sind die Schwierigkeiten, die uns hindern uns die Häuser zu nehmen? Und wie kommen wir zu einer Praxis ,die unsere Vorstellungen Realität werden lässt?

Wenn wir gemeinsame Interessen finden und aus Erfahrungen lernen, können wir viele Fehler vermeiden, uns gegenseitig unterstützen und inspirieren. Zusammen können wir uns unseren Ängsten stellen, uns gemeinsam wehren gegen Kriminalisierung und Repression.

In Bewegung kommen

Bei all unseren Unterschieden und Widersprüchen was unsere Kämpfe angeht, unsere Art zu leben, zu diskutieren und zu streiten, wird der Kongress eine Chance sein, all diese gemeinsam zu nutzen. Es gibt genug zu lernen, zu diskutieren, zu hinterfragen. Und viel zu erleben.

Beim Stöbern in Kongressberichten vergangener Jahrzehnte, beim Bücher lesen und Filme gucken, in Gesprächen mit Aktivist_innen aus unterschiedlichen Kontexten, zeigt sich die Breite der Hausbesetzungsbewegung. Wir freuen uns darauf, uns mit allen Interessieren theoretisch wie praktisch mit dem Themenkomplex auseinanderzusetzen. Grenzüberschreitendes Verhalten in Formen wie Rassismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus steht in unserem Verständnis einer konstruktiven Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen klar entgegen und soll hier keinen Raum finden. Wir wünschen uns, in einem solidarischen Miteinander verschiedene Strategien und Konzepte zu entwikkeln und umzusetzen.
Lasst uns städteübergreifend vernetzen und gemeinsam in Bewegung kommen.

Am Samstag, den 30. August 2014 findet ein Aktionstag statt, in Hamburg und überall da, wo ihr was startet.

Legt los!

Hiermit rufen wir dazu auf, schon jetzt mit inhaltlichen Debatten zu beginnen. Wir sind gespannt auf Texte, Berichte, auf Fragen, Diskussionsbeiträge von euch, euren Gruppen und Projekten. Schreibt sie auf, macht Videos oder Radiobeiträge, schickt sie an uns über squattingdays@riseup.net (zum verschlüsselt Schreiben s. Website/Kontakt) und / oder veröffentlicht sie auf indymedia und über andere Kanäle. Nutzt die Zeit der Squatting Days in Hamburg, um eigene Inputs vorzustellen, Workshops zu machen, Wissen zu verbreiten.

Egal ob ihr in Squats wohnt oder wohntet, ob ihr Erfahrungen mit Besetzungen gemacht habt, ob ihr gerne in Leerständen oder auf Freiflächen feiert oder von Räumung bedroht seid, ob ihr euch gegen Zwangsräumungen einsetzt, ob ihr gerade auf Wohnungssuche seid oder ob ihr erst beginnt, euch für Leerstände und ihre Nutzungsmöglichkeiten zu interessieren,

Kommt nach Hamburg!
27.– 31.8.2014
squattingdays.noblogs.org



Ein Jahr Lampedusa in Hamburg – Keine Ruhe dem Hamburger Senat!



Für den 1. März 2014 ruft die Gruppe Lampedusa in Hamburg zu einer Demonstration auf. Anlass ist der Jahrestag des Endes des als „Notstand Nordafrika" bezeichneten italienischen Programms zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Libyen, welches am 28. Februar 2013 beendet wurde. Die italienischen Behörden schlossen damals die Aufnahmelager und setzten die BewohnerInnen auf die Straße, erteilten den Flüchtlingen Aufenthaltserlaubnisse und drängten sie, Italien Richtung Nordeuropa zu verlassen. Mit dieser Aufforderung brachten die italienischen Behörden zum Ausdruck, was auch viele Gutachten und Berichte von Menschenrechtsorganisationen belegen – dass es für Flüchtlinge in Italien keine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben gibt.

Einige der Betroffenen schlossen sich in Hamburg zu der Gruppe Lampedusa in Hamburg zusammen und kämpfen seitdem für ein Bleiberecht aus humanitären Gründen. Nach einem Jahr des kräftezehrenden Kampfes steht der Hamburger Senat unserer Forderung nach einem kollektiven Bleiberecht noch immer ablehnend gegenüber und versucht die humanitäre Krise auf Hamburgs Straßen einfach auszusitzen.

Zwar bot der Senat im Oktober 2013 denjenigen, die sich bei der Ausländerbehörde melden und eine Aufenthaltserlaubnis beantragen, für die Dauer des Verfahrens eine Duldung an. Dieses Angebot war, ohne die Sprecher oder anderer VertreterInnen der Gruppe an den Gesprächen zu beteiligen, zwischen der Nordkirche und dem Innensenator ausgehandelt worden, wurde von der Gruppe aber mehrheitlich abgelehnt. Nur Einzelne entschieden sich unter dem enormen Druck, Anträge zu stellen.

Durch den intensiven Austausch mit kämpfenden Geflüchteten aus dem deutschen Lagersystem sind uns die unmenschlichen Konsequenzen der Duldung bekannt. In dem Senatsangebot sehen wir hauptsächlich den Versuch, den Kampf der Gruppe um ein Bleiberecht zu entpolitisieren und die Lösung in Hunderten von Einzelverfahren den Gerichten zu überlassen.

Tatsächlich hat die Ausländerbehörde über keinen der Anträge bisher entschieden. Auch eine Entscheidung über den Musterantrag, der von einem Mitglied der Gruppe schon im September 2013 gestellt wurde, steht noch immer aus. Damit bewahrheitet sich die Einschätzung der Gruppe, dass das Angebot des Senats nur dazu dient, die Betroffenen im ungewissen Status der Duldung hinzuhalten, den politischen Kampf zu schwächen und abzuwarten, bis das Thema von der Tagesordnung verschwindet.

So ließ der Sprecher der Innenbehörde im Januar 2013 über die MOPO verkünden, die Flüchtlinge der Gruppe seien alle versorgt, sie hätten entweder Anträge gestellt oder seien aus Hamburg verschwunden. Dies ist eine Lüge und ein Schlag ins Gesicht für die Gruppe und all ihre UnterstützerInnen.

Während nach wie vor die St. Pauli-Kirche im Mittelpunkt des Medieninteresses steht, obwohl sich dort nur noch ein geringe Zahl von Mitgliedern der Gruppe aufhält, wurde längst durch private UnterstützerInnen das "Solidarische Winternotprogramm" ins Leben gerufen, mit dessen Hilfe wir den Winter ohne staatliche Hilfe überleben konnten. Auch das Infozelt der Gruppe am Steindamm dient weiterhin als Anlaufpunkt und politisches Symbol und ist seit Mai letzen Jahres Tag und Nacht besetzt.

Wir sind und bleiben in Hamburg und fordern vom Senat eine politische Entscheidung und ein politisches Handeln für ein Bleiberecht für die Gruppe Lampedusa in Hamburg.

Nachtrag zum 1. März:

Viele tausend Menschen haben sich am Sonnabend in Hamburg an der großartigen Demonstration beteiligt. Doch die SPD mauert weiter. Also: Druck machen!!



Erklärung des Solidarischen Winternotprogramms für „Lampedusa in Hamburg“

Der Senat behauptet, alle Flüchtlinge der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ seien entweder im individuellen Verfahren oder ausgereist. Das ist eine Lüge! Es gibt im Moment fast 40 private Initiativen, Gruppen und Wohnprojekte, die sich im Herbst entschlossen haben, Flüchtlinge aus dieser Gruppe zu Hause aufzunehmen. In jedem Schlafplatz schlafen mindestens vier, teilweise sogar 20 Personen. Über die im Winternotprogramm untergebrachten Menschen hinaus umfasst die Gruppe 385 Personen.

Wir standen im Herbst vor der Situation, dass der Senat den Flüchtlingen als einzige Option angeboten hat, sich individuell bei der Ausländerbehörde zu melden, um dort einen Antrag auf Asyl zu stellen oder humanitäres Bleiberecht zu beantragen. Der Senat weiß, dass nach europäischem Recht bei einem Antrag auf Asyl noch nicht einmal ein Asylverfahren in Deutschland eröffnet würde, sondern die Flüchtlinge sofort nach Italien abgeschoben würden. Dieses sogenannte Angebot kann deswegen nur als zynisch bezeichnet werden. Auch für einen Antrag auf humanitäres Bleiberecht setzt die Hamburger Behörde so hohe Hürden, dass nur lebensbedrohliche Krankheiten, Minderjährigkeit und Schwangerschaft als zu prüfender Anerkennungsgrund gelten. Die Situation in Italien, dort auf der Straße zu leben, sind keine Gründe für ein humanitäres Aufenthaltsrecht und werden von der Behörde von vornherein abgelehnt.

Das sogenannte Angebot des Senats kam zu einer Zeit, als es immer kälter wurde und die Kirche anfing, beheizte Container als Winterschlafplätze aufstellen zu lassen. Der Senat verlangte, dass zu diesen Containern nur Menschen Zugang bekommen, die sich in das individuelle Verfahren begeben. Die Flüchtlinge sollten so erpresst werden, das Senatsangebot anzunehmen, da ihnen sonst Obdachlosigkeit im hereinbrechenden Winter gedroht hätte. Der Zynismus des Senats, der den Flüchtlingen nur die Wahl lässt zwischen einem völlig aussichtslosen Verfahren und der Obdachlosigkeit im Winter, macht uns fassungslos.

Wir wollten nicht abwarten, bis Flüchtlinge, die vor dem Krieg in Libyen und den unerträglichen Lebensbedingungen auf der Straße in Italien geflohen sind, in Hamburg auf der Straße erfrieren. Dass der Senat behauptet, alle Lampedusa in Hamburg Flüchtlinge haben sich entweder gemeldet oder seien nach Italien zurückgekehrt, ist für uns ein Schlag ins Gesicht. Es müsste für den Senat eine Selbstverständlichkeit sein, für eine angemessene Unterkunft und Versorgung der Flüchtlinge zu sorgen. Diese staatliche Aufgabe wird im Moment von der Zivilgesellschaft mit hohem persönlichem und finanziellem Engagement übernommen.

Wir sind uns sicher, dass der Senat über die Polizei sehr wohl weiß, dass wir, Menschen aus allen möglichen Stadteilen, in unseren Wohnungen zusammen gerückt sind und den Flüchtlingen Gästezimmer oder Gemeinschaftsräume als Winternotquartier zur Verfügung stellen und damit ein solidarisches Winternotprogramm auf die Beine stellen.

Wir finden es unverantwortlich, dass der Senat den sichtbaren Kampf der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ für nicht mehr vorhanden erklärt. Nach wie vor ist es die Verantwortung der Stadt, eine politische Lösung für die gesamte Gruppe zu finden. Die Ignoranz des Senats in dieser Situation nehmen wir als selbstorganisiertes Winternotprogramm zum Anlass, explizit solidarisch die Stärke und die Wichtigkeit des Kampfes der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ zu betonen und zu unterstützen. Wir fordern den Senat deswegen auf, eine Aufenthaltsgewährung nach §23 Aufenthaltsgesetz zu erteilen und dafür das Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium herzustellen! Außerdem fordern wir den Senat auf, den Lampedusa-in-Hamburg-Flüchtlingen eine Arbeitserlaubnis zu erteilen!

Wir rufen alle auf, den Kampf der Flüchtlinge zu unterstützen und sich an der bundesweiten Demonstration am 1. März (13.00 Uhr am Hachmannplatz in HH/Hbf) zu beteiligen.

Das Solidarische Winternotprogramm Hamburg / 16. Februar 2014

Zentraler Aktionstag gegen Repression in Berlin am 22. März

In Berlin, in Stuttgart, Dresden, Saarbrücken es sind überall die selben die uns unterdrücken.

Anfang November gab es in Berlin ein Treffen von zahlreichen Gruppen und Einzelpersonen um über eine konkrete Antwort zu beratschlagen. Unser tägliches Bemühen um eine andere Welt und die allgegenwärtige Bedrohung im Nacken verlangt von uns eine permanente Auseinandersetzung mit Repression. Um aber an einem kollektiven Moment der Offensive zu arbeiten, hat sich das Treffen darauf geeinigt, am 22. März 2014 einen groß angelegten Aktionstag in Berlin vorzubereiten.

Am 14.08.13 holte die Staatsgewalt zu einem Repressionsschlag gegen die Berliner radikale Linke aus, dabei durchsuchten sie mehrere Wohnungen und Hausprojekte und entnahm mehreren Menschen unter Zwang DNA. Als Begründung dafür mussten Aktionen gegen Jobcenter und die Landeszentrale der SPD herhalten.

Ein weiterer Grund für die Hausdurchsuchungen war die, im Rahmen einer Spontandemonstration, entschlossen praktizierte internationale Solidarität mit dem Aufstand in der Türkei.

Bereits am 22.05.13 wurden in Berlin, Magdeburg und Stuttgart insgesamt 21 Objekte von den Bullen mit der Begründung, die Betroffenen könnten Mitglieder der Revolutionären Aktionszellen (RAZ) sein, gerazzt. Auch hier gab es bereits DNA-Entnahmen.

Für ein permanentes Bedrohungsszenario sorgt auch weiterhin die Repression gegen die Non-Citizens, die mittlerweile in den letzten Winkeln Widerstandshandlungen organisieren.

Der deutsche Staat sucht aber auch mit dem §129b internationale Widerstandsbewegungen zu kriminalisieren. Weiterhin im Fokus der Behörden sind Antifaschistische

Strukturen in Dresden, der mit der wohl größten uns bekannten Ausspähung durch den Staatsschutz begegnet wurde, sowie „Blockupy“ in Frankfurt a.Main. Ein Beispiel dafür, wie Großstädte unter Generalverdacht gestellt und in den mehrtägigen Ausnahmezustand versetzt werden. Dies bedeutet flächendeckende Auswertung der Mobil- und E-mailkommunikation, unbegrenzte Befugnisse der Polizei, weiträumige Versammlungsverbote und Drohnen am Himmel.
Diese uns bekannten Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs der diesjährigen Repressionswelle, die die Staatsmacht gegen linksradikale Politik losgetreten hat.
Repression ist aber auch, wenn du dir kein Ticket mehr leisten kannst und dafür in den Knast musst. Wenn du auf der Straße auf Grund deines Aussehens nach Papieren gefragt wirst, jede Sanktion vom Jobcenter, wenn ein Quartiersmanagement in deiner Nachbarschaft ist, wenn der „Kontaktbereichsbulle“ in deinem Kiez gegenwärtig ist. Wenn deine E-mails nicht mehr privat sind, wenn deine Handydaten erfasst werden,……
Warum aber betreibt der Staat so einen Aufwand? Und was verbindet die, die von Repression betroffen sind?
Auf den ersten Blick nicht viel. Auf dem zweiten aber, dass sie dem System ein Dorn im Auge sind. Sei es, weil sie sich nicht fügen wollen, sie ihren Protest gegen die bestehenden Verhältnisse artikulieren oder sie einfach nur den normierten Alltag stören könnten. Repression erzeugt immer ein Klima der Angst. Sie ist zunehmend und das auch ganz offen präventiv. Sie wirkt bevor etwas passiert. Alle Kämpfe, die gegen dieses kapitalistische System, gegen diesen angeblichen Normalzustand, sind der Repression ausgesetzt. Wir wollen uns gemeinsam und mit euch gegen diese zur Wehr setzen.
Anfang November gab es in Berlin ein Treffen von zahlreichen Gruppen und Einzelpersonen um über eine konkrete Antwort zu beratschlagen. Unser tägliches Bemühen um eine andere Welt und die allgegenwärtige Bedrohung im Nacken verlangt von uns eine permanente Auseinandersetzung mit Repression. Um aber an einem kollektiven Moment der Offensive zu arbeiten, hat sich das Treffen darauf geeinigt, am 22. März 2014 einen groß angelegten Aktionstag in Berlin vorzubereiten.
Überregionales Interesse wurde uns bereits von einigen Seiten mitgeteilt. Dieser Text ist der gemeinsame Aufruf des Treffens an alle Strukturen und Einzelpersonen, daran mitzuwirken.

Sicherheitsarchitekturen einstürzen!
Aufstandsbekämpfung bekämpfen!
Überwachungsstaaten auflösen!

Staatsfeindlichkeit stärken – Hamburg weitermachen

Vorschlag zum Aktionstag am 22. März in Berlin

Am 21. Dezember gingen in Hamburg 10.000 Menschen auf die Straße um gemeinsam freiheitliche Ideen voranzubringen. Viele waren sicher da, um für den Erhalt der Flora zu demonstrieren oder um Bleiberecht für die Lampedusa-Gruppe zu fordern. Der überwiegende Teil war jedoch mit einer radikaleren Kritik der Verhältnisse auf der Straße. Die Ereignisse zum Jahresende in Hamburg, die bei vielen jetzt so für Aufregung sorgen, sind für die meisten nur ein kleiner Teil des Kampfes, den wir das ganze Jahr über führen. Die alltäglichen theoretischen und praktischen Angriffe auf den Staatsapparat und seine Gesellschaft gipfelten lediglich in einem kollektiven Moment der Offensive.
Offensives Handeln gibt es aber permanent. Dass der 21. Dezember kein unkontrollierter Moment war sondern die Zuspitzung der Geschehnisse der letzten Monate, wird sich dadurch herausstellen, dass sich dieses Denken im kollektiven Gedächtnis festsetzt. Momentan aber erleben wir, wie alle Ebenen des Staates aktiviert werden, um zu versuchen, unsere Erleben zu manipulieren. Gerichtsverfahren und polizeiliche Verfolgung, bürgerlicher Hetze und selbsternannte Bewegungsmanager sind Faktoren, die unsere Solidarität und unsere Idee in Frage stellen und das Erlebte zum Trauma machen können. Das muss verhindert werden. Mit dem Aufruf zum Aktionstag in Berlin wollen wir uns im Kampf um die Köpfe, der derzeit um die Ereignisse in Hamburg tobt ein Zwischenziel geben.
Die intensive Verschmelzung von antirassistischen Kämpfen mit der Bewegung gegen die kapitalistische Stadt, wie sie in Hamburg vollzogen wurde, war in Ansätzen schon seit Ende 2012 in Berlin spürbar, als Aktivist_innen den Oranienplatz und die Gerhard-Hauptmann-Schule in Kreuzberg besetzten. Massenhafter Protest gegen Zwangsräumungen und Mieterhöhung und die Verteidigung umkämpfter Räume waren Schwerpunkte, besonders als im Herbst die rassistische Hetze gegen den Görlitzer Park, die besetzte Schule und den Oranienplatz immer stärker wurde. Zur Unterstützung der rassistischen Kampagnen und der Stadtaufwertung reagierte die Ordnungsmacht mit teils martialischer Gewalt: es gab Gewalt gegen Ansammlungen und zahlreiche Hausdurchsuchungen, die besetze Schule wurde mehrfach durch Spezialkommandos gestürmt, tägliche rassistische Kontrollen im Görlitzer Park, als Höhepunkt sollte der Oranienplatz geräumt werden. Begleitet wurde die Repression durch ungezählte Verfahren wegen „Verstößen gegen Aufenthaltsbestimmungen“, wegen versammlungstypischer Geschehnisse sowie gegen Organisierungsansätze und Strukturen. Bereits im Herbst gab es daher intensive Überlegungen zum Umgang mit der Repression.
Dem Begehren des Staates, die Repression aus dem Kontext der stattfindenden Kämpfe zu reißen, wollen wir die Bestrebung entgegengestellen, deren Untrennbarkeit wieder und wieder zu betonen und zu beweisen. Wenn jede Aktion dem Ziel folgt, der Repression eine Idee entgegenzustellen, dann können unsere Kämpfe so offensiv bleiben, wie sie zum Beispiel in Hamburg wahrgenommen wurden und hoffentlich weiterhin wahrgenommen werden. Diesem Ziel soll der Antirepressions-Aktionstag in Berlin folgen.
Kapitalismus, Migrationsabwehr, rassistischen Kontrollen, Gefahrengebiete, Stadtumstrukturierung, Polizeigewalt und Spaltungsversuche sind unzertrennlich. Unser Widerstand dagegen muss es auch sein. Der Angriff gegen den Rassismus, gegen die Polizeipräsenz in unseren Städten, gegen Umstrukturierung und Unterwerfung, gegen SPD-Senat, CSU-Führung und Grüne Partei ist die beste Verteidigung!

Als Zwischenziel schlagen wir daher vor: die Ideale des 21. Dezember verteidigen und nach Berlin tragen.

22. März 2014
Aktionstag gegen Repression &
Demonstration Berlin

Aktionstage im Mai und Widerstand gegen EZB-Eröffnung am Tag X

300 Aktive planen bei Treffen in Frankfurt Blockupy 2014

Mehr als 300 Aktive des bundesweiten Blockupy-Bündnisses sind am Sonntag in Frankfurt am Main zusammen gekommen, um die nächsten Schritte für Blockupy 2014 zu planen. Bereits am Samstag nahmen mehr 50 Aktive an einem internationalen Koordinierungstreffen teil – darunter Delegationen aus Griechenland, Spanien, Italien, Belgien und Frankreich sowie streikende Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern.

Bei den Treffen im Gewerkschaftshaus verständigten sich die Anwesenden auf mehrere größere Proteste im Rahmen einer europaweiten dezentralen Aktionsaktionswoche vom 15. bis 25. Mai. Der Schwerpunkt der Aktionswoche wird auf den ersten drei Tagen liegen: Am 15. Mai sind Proteste zum Jahrestag der spanischen 15M-Bewegung sowie gegen den EU-Gipfel in Brüssel geplant, am 16. Mai soll es in zahlreichen Städten in Europa lokale Aktionen geben. Für den 17. Mai einigten sich die Blockupy-Aktivistinnen und -Aktivisten auf größere Proteste in den vier deutschen Städten Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart. Ebenfalls während der Aktionswoche geplant ist der Start eines Flüchtlings-Marschs nach Brüssel.

Im Herbst dann wird Blockupy nach Frankfurt zurückkehren, um die Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank (EZB) mit massenhaften Aktionen Zivilen Ungehorsams zu stören. Da das Datum der Eröffnungsfeier noch nicht feststeht, plant das Bündnis eine Mobilisierung zum "Tag X", wie sie auch aus der Anti-Castor-Bewegung bekannt ist.

"Unsere transnationale Bewegung zeichnet sich durch praktische Solidarität gegen die Verarmungspolitik der Troika sowie gegen wieder aufflammende Nationalismen und Rassismus aus", sagte Blockupy-Sprecher Hanno Bruchmann. "Wir laden alle ein, mit uns im Mai und im Herbst durch Widerstand gegen das autoritäre EU-Krisenregime Alternativen einer echten Demokratie von unten aufzuzeigen."

Den Rahmen für die europaweiten Blokkupy-Aktivitäten in 2014 haben mehr als 450 Aktivistinnen und Aktivisten aus 15 Ländern bereits im November bei einer europäischen Blockupy-Aktionskonferenz festgelegt. Das Treffen am Sonntag bildete nun den Auftakt zu den konkreten Vorbereitungen der Proteste in Deutschland.

Mit einer Blockade der EZB, Aktionen Zivilen Ungehorsams in der ganzen Stadt und einer großen, bunten Demonstration hatten die Blockupy-Aktiven 2013 zum zweiten Mal ein deutliches Zeichen gegen die Kürzungspolitik der Troika gesetzt. Dagegen stand die gewaltsame Untergrabung der Demonstrationsfreiheit durch die Polizei.

Das Blockupy-Bündnis wird getragen von Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener emanzipatorischer Gruppen und Organisationen, darunter die Interventionistische Linke, Attac, Occupy Frankfurt, Gewerkschaften, Jugend- und Studierendenverbände, das Erwerbslosen-Forum Deutschland, die Partei Die Linke, das Netzwerk Friedenskooperative und das Bündnis "Ums Ganze". International beteiligen sich soziale Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien aus Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien, Belgien und Frankreich sowie Flüchtlingsaktivisten aus verschiedenen Ländern.

PM - Blockupy Frankfurt - 27. 01.2014









WAR STARTS HERE *CAMP*

Internationales Diskussions- und Aktions-Camp
17. - 24. August 2014 in der Altmark bei Hillersleben/Magdeburg

Ankündigung WarStartsHere-Camp am GÜZ vom 17.-24.08.2014

Der Widerstand gegen das GÜZ geht weiter! Auch in diesem Jahr werden wir unseren Protest und antimilitaristische Diskussionen in die Region ums und auf das GÜZ tragen.

Im GefechtsÜbungsZentrum des Heeres in der Altmark (unweit von Magdeburg) bündeln sich viele Facetten von Krieg und Militarisierung.. Mit der Baustelle der gigantischen Geisterstadt 'Schnöggersburg', die der Erprobung städtischer Aufstandsbekämpfung dienen soll, gewinnt der Truppenübungsplatz immer mehr an zentralere Bedeutung für die NATO und künftige Kriege. Hier beginnt Krieg, unser Widerstand erst recht!

Vom 17. bis 24.August 2014 möchten wir den Kriegstreiber_innen einen dicken (pinken) Strich durch die Rechnung machen und mit euch zusammen erneut ein Camp beleben, dass uns Raum für Diskussion und Aktion bieten wird. Es gibt viel zu tun und einiges, an das wir anknüpfen können. Wir wollen weiterhin viel diskutieren, Analysen vertiefen und kollektive Gegenstrategien spinnen.

Im Vordergrund steht in diesem Jahr noch stärker der Aspekt spektrenübergreifend gegen das anzugehen, was uns alle ankotzt: Krieg, Militär und die lebenfeindliche Herrschaft, die dies produziert. So werden wir den Raum nutzen, unsere Widersprüche zu benennen und eine gemeinsamen Stärke zu finden. Im Vorfeld wird es weitere 'Ratschläge' geben, die wir als Plattform für eine breite Vernetzung, Austausch und die Möglichkeit, gegenseitiger Unterstützung sehen.

Für einen starken Antimilitarismus!
Gegen jeden Krieg!
Baustopp für Schnöggersburg!

warstartsherecamp.org

Der Bau der Übungsstadt Schnöggersburg (GÜZ) schreitet voran

Baustopp für Schnöggersburg!

Der Bau der Ubungsstadt Schnöggersburg (GÜZ) schreitet voran – Unser Widerstand auch – Baustopp für Schnöggersburg!

Das sog. Ballungszentrum Schnöggersburg wird auf dem Gefechtsübungszentrum des Heeres in der Altmark seit Herbst 2012 gebaut. Dort entsteht eine Kulissenstadt mit komplexen Großstadtstrukturen für realitätsnahen Übungen von Interventionsstrategien im urbanen Raum von Bundeswehr und NATO-Armeen. Die Planung sieht über 500 Gebäude vor - von der Altstadt über Regierungsviertel, Flughafen, Hochhäuser, Stadtpark, Industrie- und Elendsviertel bis hinzu zu einer Stadtautobahn, Kanalisation, einem Fluss mit Brücken und selbst einer U-Bahn alles – eben alles was eine moderne Metropole ausmacht. Vor kurzem wurde bekannt wie weit die Arbeiten schon voran geschritten sind.

Schnöggersburg wird die größte und modernste militärische Übungsstadt in Europa sein – ein zweites Schnöggersburg baut die Betreiberfirma Rheinmetall zur Zeit in Russland.

Mit dem Bau dieses Großprojekts will Deutschland den Anforderungen der NATO nachkommen, dargelegt im Strategiepapier „Urban Operations in the Year 2020“ dargelegt. Die Studie geht davon aus, dass bis 2030 rund 60 Prozent der Weltbevölkerung in urbanen Ballungsräumen leben werden, und von daher sich die globalen sozialen Konflikte zusehends in Metropolen und weiträumigen Großstädten abspielen werden. Entsprechend müsse sich die NATO auf Interventionsstrategien im urbanen Raum vorbereiten.

Was in diesem Zusammenhang offiziell von der Bundeswehr als Krisenbewältigung und Konfliktverhütung bezeichnet wird, ist die Bekämpfung von sozialen und ökonomischen Konflikten und Aufständen, die Kontrolle der Bevölkerung und Territorien – die sich im Aus- sowie im Inland befinden können. Die Operationen beschränken sich in Sinne der Ausstandsbekämpfung nicht auf bloße militärische Auseinandersetzungen, sondern zielen auf ein umfangreiches Konzept der Kontrolle, Manipulation und Bekämpfung von unliebsamen Teilen der städtischen Bevölkerung ab. (An dieser Stelle sei auf das NATO-Gegenstrategiepapier „Militär in den Straßen - Einige Fragen zum NATO-Bericht „Urban Operations in the Year 2020“hingewiesen)

Schnöggersburg soll 202 komplett fertig gebaut sein. Die Übungen der Soldat_innen sind bereits für 2017 geplant, Baumaßnahmen werden in die militärischen Operationen miteinbezogen.

Entgegen dem 232 Quadratkilometern offenem Gelände des GÜZ ist die Baustelle und der Zufahrtsweg im Osten des GÜZ (nördlich von der Ortschaft Dolle) seit Herbst 2013 eingezäunt. Hinter dem Zaun wird emsig gearbeitet. Kanalisation und Flussbett sind bereits angelegt. Erste Brükkenfeiler der insgesamt fünf Brücken raken in die Höhe. Auch die berühmte erste U-Bahn Sachsen-Anhalts befindet sich bereits im Bau und soll noch dieses Jahr fertig werden. Zudem wurden 1,5 km Bahnschienen sind über GÜZ nach Schnöggersburg verlegt.

An dieser Stelle verweisen wir auf den Bericht der Mainstream-Zeitung Sachsen-Anhalts, die Volksstimme - pro-Bundeswehr, aber der Artikel ist lesenswert, er hält einige interessante Informationen bereit:

„Schnöggersburg wächst immer weiter

Auf dem Truppenübungsplatz in Letzlingen entsteht hinter den Absperrungen Schnöggersburg. Flussbett, Bahnschienen, Kanalisation - die Stadt wächst. Die U-Bahn soll noch in diesem Jahr fertig werden. (Kosten: 2,5 Millionen Euro). Die Fortschritte in den vergangenen Monaten sind deutlich sichtbar. "Das erkennt man gar nicht wieder", sagt Bernd Schmidt, der als Fahrer für die Bundeswehr arbeitet und häufig auf dem Truppenübungsplatz unterwegs ist.

Ein riesiges Flussbett erstreckt sich vor ihm. Die Eiser schlängelt sich 800 Meter lang durch die Letzlinger Heide. 22 Meter ist der Fluss breit. Fünf Brücken sollen über ihn führen. Das Zentrum liegt am Fluss. In den Randbereichen gibt es die Autobahn oder das Industriegebiet." (Falko Balzer)
Arbeiter fertigen die Verschalungen für die Brückenpfeiler. Kosten für den Fluss und die Brücken: zirka 10 Millionen, Bauzeit bis Mai 2015, sagt Falko Balzer, Geschäftsführer des Landesbetriebes Bau. Der Diplom-Ingenieur hat Schnöggersburg mitentwickelt. Der Landesbetrieb arbeitet bei dem Projekt für das Bundesverteidigungsministerium. Ein Luftbild und die Baubeschreibung des Auftraggebers waren der Anfang. "Nach den Grundsätzen der Stadtplanung haben wir Schnöggersburg entwickelt. Das Zentrum liegt am Fluss. In den Randbereichen gibt es die Autobahn oder das Industriegebiet", erklärt Balzer. Schnöggersburg bekommt ein Elendsviertel, Landwirtschaft, moderne Hochhäuser und normale Infrastruktur von Supermärkten bis zum Sportstadion. Das alles auf einer Fläche von 2 mal 2,5 Kilometern. Bis 2020 solle das 100-Millionen-Euro-Projekt stehen, 2017 die ersten Soldaten üben können.

Für Balzer ist eines klar: "Wenn wir Soldaten ins Ausland schicken, müssen sie gut ausgebildet sein." Die Übungsstadt soll sie auf komplexe und realistische Einsatzszenarien vorbereiten. Feinde können sich in der Kanalisation verstecken. Panzer bei der Fahrt durch die Altstadt einbrechen oder in den engen Gassen steckenbleiben. Als nächstes steht die Planung der Altstadt auf dem Plan. Mit dem Bau soll im Herbst begonnen werden. Bis dahin sei hoffentlich auch klar, wie der Europäische Gerichtshof auf die Beschwerde der Grünen und Linken gegen die Übungsstadt reagiert. Balzer zeigt sich zuversichtlich, dass die Arbeiten weitergehen können. "Wir haben alles getan", sagt er. Ohne die Bundeswehr würde es die Heidelandschaft gar nicht geben. Die Panzer zerstören die Birken. Balzer: "Sonst wächst rucki zucki die offene Landschaft zu." Bisher liegt Schnöggersburg voll im Zeitplan. "Meine Männer mussten wegen des Winters eineinhalb Wochen Pause machen, aber jetzt geht es weiter", sagt Bauleiter Martin Meyer. Es ist für viele eine besondere Aufgabe. Sie arbeiten mitten in der Heide. "Wir haben zwar Ruhe, dafür gibt es logistische Probleme", sagt der Bauleiter. Täglich bekommen die Arbeiter außerdem tierischen Besuch. Ein Fuchs schaut immer bei den Baucontainern vorbei. "Wir haben ihn Hans genannt", sagt Meyer.“ (Volksstimme vom 08.02.2014)

Tag X in Salzwedel

Für den 21. Januar wurde zum Protest gegen die DNA-Abnahme bei der Salzwedeler Polizeistation aufgerufen.

Bereits am Treffpunkt nahe des Bahnhofs begrüßten Plakate gegen „DNA-Sammelwahn“ und ein schickes Graffiti mit „DNA-Abnahme ist ein Verbrechen“ die eintreffenden Leute. Trotz des eisigen Wetters und einem Dienstagvormittag sammelten sich etwas über 40 Personen um sich mit dem Betroffenen solidarisch zu zeigen und gegen DNA-Entnahmen und -Speicherung zu protestieren.
Als Spontandemo zogen auf der Straße in Richtung Polizei. Der unangemeldete Umzug wurde durch Musik und Redebeiträge vom Lauti schwungvoll unterstützt. Auch die Passant_innen wurden über den Anlass des Protests durch den Lauti und Flyer informiert. Es waren zwar keine Massen in Salzwedel unterwegs, aber die Leute wirkten interessiert. Die Bullen waren mit ein paar Sixpacks präsent, hielten sich aber zurück.
Vor der Polizeistation fand dann eine einstündige Kundgebung mit weiteren Beiträgen zum Thema DNA-Abgabe bzw. der Weigerung dagegen und dem Stand der Ermittlungsverfahren gegen die 6 Antimilitarist_innen statt. Die Stimmung war gut; es gab heißen Kaffee und Tee gegen das winterliche Wetter.
Wie angekündigt glänzte die zur DNA-Abgabe aufgeforderte Person durch Abwesenheit und machte damit ihre offensive Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit den Repressionsbehörden deutlich.
Mit einem Schwenk durch die Innenstadt ging die Demo weiter zurück zum Bahnhof. Sie zog an weitere Graffiti und Plakate an den Häuserwänden vorbei und löste ohne Zwischenfälle auf.
Wir wünschen dem Betroffenen weiterhin viel Kraft.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Solidarität mit dem Antimilitaristen, der die Abnahme einer DNA Probe verweigert!

Solidarität mit denen, die nicht mit den polizeilichen Schnüffler_innen kooperieren!

Solidarität mit denen, die kein brauchbarer Datensatz für die BKA-Datenbank sein wollen!

Solidarität mit denen, die eine immer weiter reichende Beschneidung unserer Selbstbestimmung nicht widerstandslos hinnehmen!

Solidarität mit denen, die sich verweigern!

Solidarität mit denen, die Widerstand gegen diese Verhältnisse leisten!



Wir sind sechs Beschuldigte/Verdächtigte in zwei unterschiedlichen Strafverfahren. Am 19. August 2012 wurden auf dem Gelände des Gefechtsübungszentrum (GÜZ) der Bundeswehr in der Altmark mit Farbe gefüllte Feuerlöscher gefunden. Dabei entkamen einige Personen unerkannt. Daraufhin wurde gegen den Nutzer eines Fahrzeuges, das in der Umgebung geparkt war, ein Ermittlungsverfahren wegen versuchter “Sabotage an Wehrmitteln” (§109e StGB) eingeleitet.

Zum Anderen wurden am 14. September 2012 in Magdeburg während des antimilitaristischen Camps gegen das GÜZ fünf Menschen von einem Mobilen-Einsatz-Kommando des LKA Sachsen-Anhalt mit vorgehaltenen Waffen aus einem Fahrzeug gezogen und in Gewahrsam genommen. In diesem Fall ist der Vorwurf eine Sachbeschädigung mit einem bezifferten Sachschaden von 1000,- Euro. Dabei soll die Fassade des Bauplanungsbüros der Firma ICL rosa gefärbt worden sein. Die Firma ICL leitet die Bauplanung für die Aufstandsbekämpfungsstadt “Schnöggersburg” auf dem GÜZ. Eine Stadt, in der die Bundeswehr und andere Armeen urbane Aufstandsbekämpfung auf einem Flughafen, in U-Bahn-Stationen, in Wohnvierteln, in einem Elendsviertel und in einer Innenstadt mit Einkaufszentren trainieren sollen. Die Bauarbeiten für diese umstrittene 100-Mio-Euro-Geisterstadt haben im Herbst 2012 begonnen. Bis 2017 sollen mehr als 500 Gebäude fertig gestellt sein.

Da in beiden Verfahren vermeintlich ein Auto des selben Nutzers involviert war, sind nun alle sechs in beiden Verfahren teils verdächtigt, teils beschuldigt, sowohl der Sachbeschädigung als auch der versuchten “Sabotage an Wehrmitteln”. Zusätzlich will das LKA “zur Aufklärung der Straftaten” jetzt die DNA von dem Fahrzeugnutzer und hat ihn zum 21.01.2014 zu einer Abgabe einer DNA Probe vorgeladen. Bei den

fünf weiteren Leuten hatte das Amtsgericht Stendal die DNA-Entnahme als ungerechtfertigt zurückgewiesen. So weit zur absurden Vorgeschichte.

Die Analyse der DNA ist mittlerweile zur Standardmethode geworden, um die Herkunft von Spurenmaterial von bestimmten bekannten Personen (Verdächtigen, Opfern, unbeteiligten Dritten) oder die Übereinstimmung mit anderem Spurenmaterial unbekannter Personen feststellen zu können. Die Annahme ist weit verbreitet, es ginge dabei vorrangig um die Aufklärung von Mord und Vergewaltigung. Tatsächlich speichert das Bundeskriminalamt (BKA) hier aber Datensätze auf Vorrat und zwar aus immer geringfügigeren Anlässen und in immer größerer Zahl. Knapp eine Million Personen sind bereits erfasst. Einen großen Teil machen mittlerweile Verdächtige von minderschweren Straftaten wie Diebstahl, Sprayen, sonstige Sachbeschädigung aus.
Immer mehr mittels DNA-Analyse gewonnene Daten werden also nicht nur in einem bestimmten Strafverfahren verwendet, sondern auch für andere Strafverfahren zugänglich gemacht. Denn mittlerweile dürfen die DNA-Daten von Personen gespeichert werden, denen minderschwere Straftaten vorgeworfen werden, wenn es sich um Wiederholungstaten handelt und für die Zukunft weitere Straftaten prognostiziert werden.

In Deutschland gibt es seit 1998 eine zentrale DNA-Analyse-Datei, die beim BKA angesiedelt ist. Werden DNA-Daten im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens erfasst, können sie mit dieser Datei abgeglichen werden. Gefüllt wird die Datei zum Einen direkt über das BKA und dessen Ermittlungsverfahren, zum Anderen stellen aber auch die Landeskriminalämter im Rahmen ihrer Ermittlungen DNA-Profile von Spuren oder Personen in die BKA-Datei ein. Derzeit werden die DNA-Datenbanken der europäischen Polizeien miteinander vernetzt. Das bedeutet einen qualitativen Sprung in der Entgrenzung polizeilicher Zugriffsmöglichkeiten.

Seit Jahren wird uns der elektronische Personalausweis als der sicherste der Welt verkauft. Mit der damit legitimierten erkennungsdienstlichen Behandlung (Speicherung von Fingerabdrücken und biometrischen Gesichtsdaten) der gesamten Bevölkerung wurde unsere informationelle Selbstbestimmung massiv beschnitten und unsere Identität fernauslesbar gemacht. Um den Ausweis noch "sicherer" zu machen, sollen zukünftig weitere Merkmale erhoben und gespeichert werden – langfristig auch DNA-Daten! Die Zukunft (nicht nur gemäß der Vorstellungen des BKA) sieht die molekulargenetische Registrierung der gesamten Bevölkerung vor.

Der Versuch, Ansammlungen von Personengruppen zur vorsorglich vollständigen Datenerhebung zu nutzen, begegnet uns immer öfter. Die Rundumüberwachung des antimilitaristischen WarStartsHere-Camp und die präventive Festnahme inklusive erkennungsdienstlicher Methoden von über 1000 Demonstrant_innen bei Blockupy Frankfurt sind nur zwei Beispiele.

Auch die Funkzellenabfrage mit über 1 Mio erfassten Verbindungsdaten bei antifaschistischen Protesten in Dresden im Februar 2011 stellte sich „nur" als eine von mehreren hundert Fällen bundesweit heraus. Die im letzten Jahr bestätigte Totalerfassung aller Kommunikations- und Internetdaten liefert zudem ein vollständiges, individuelles Abbild unseres sozialen Umfelds, unserer Interessen und Aufenthaltsorte.

Wie viele Probleme das Projekt einer allgegenwärtigen Kontrolle (basierend auf einer Vernetzung von Handy- und Internetüberwachung, biometrischer Kamera- und Drohnenüberwachung gekoppelt mit genetischer Identifizierung) bekommt, hängt maßgeblich von uns ab.

Für eine effektive widerständige Strategie greift die alleinige Kritik an einer DNA-Datenbank, einer spezifischen Überwachungstechnik oder auch einer einzelnen Agentur des "inneren" Sicherheitsapparates wie dem BKA, dem Staats- oder Verfassungsschutz nicht. Die mit dem staatlichen Gewaltmonopol aufrecht erhaltene Ordnung muss deshalb in die Kritik miteinbezogen werden. Wer seine Souveränität selbstbestimmt in Anspruch nehmen will, statt die Rechtsunterworfenheit unter die staatliche Ordnung hinzunehmen, macht sich folgerichtig zum Staatsfeind.

Unsere Antwort auf eine immer massivere Beschneidung unserer Selbstbestimmung sollte die einer umfassenden Verweigerung dieser Ordnung sein.

Wir rufen Euch zu vielfältigem, solidarischem Widerstand gegen diese Ordnung im Allgemeinen und gegen die staatliche DNA-Sammelwut im Speziellen auf.
Wir rufen dazu auf, den Ermittler_innen in die Suppe zu spucken und im Zusammenhang mit der angeordneten Zwangs-DNA-Entnahme – zu der unser Genosse nicht erscheinen wird – solidarisch gegen Repressionsbehörden und übergriffige Schnüffeleien aktiv zu werden. Betroffen sind einige – gemeint sind wir alle!

Feuer und Flamme der Repression!
Keine Zukunft einer Gesellschaft der Kontrolle und Überwachung!

solidarische Mitbeschuldigte und Verdächtigte und Mitstreiter_innen

AUGENENTSPANNUNG

Raise your voice! Your body Your choice – Feministische Inhalte auf die Straße tragen

1000-Kreuze-Märsche

Jedes Jahr laufen fundamentalistische Christ*innen durch Münster. Mit weißen Holzkreuzen bewaffnet beten sie gegen Schwangerschaftsabbrüche, Verhütung, Sex vor der Ehe, Homosexualität und wogegen Menschen fundamentalistischer Ausrichtung sonst noch so sind. Dieser von „europrolife" organisierte Gebetszug findet dieses Jahr am 22. März statt. Auf den ersten Blick mag der Gebetszug den Eindruck einer skurrilen Veranstaltung erwecken. Die Kreuzeträger*innen erscheinen manchen als gesellschaftlich nicht ernst zu nehmende Minderheit. Tatsächlich ist die Bewegung, die hinter Veranstaltungen wie „1000 Kreuze für das Leben" steht, aber keine extreme und isolierte Randerscheinung, sondern Teil einer breiteren gesellschaftlichen Entwicklung. Die antiemanzipatorischen und reaktionären Inhalte, für die die Kreuzträger*innen auf die Straße gehen, finden sich in ähnlicher Weise auch im gesellschaftlichen und politischen Mainstream, in den sogenannten bürgerlichen Parteien und zum Teil auch in der extremen Rechten.
Seit 2009 organisiert sich deshalb entschiedener Widerstand gegen den „1000-?Kreuze-?Marsch". Mit verschiedenen Aktionsformen wird der Gebetszug kritisch und lautstark begleitet und so entschlossen gegen die reaktionäre Ideologie der Christ*innen protestiert. Im letzten Jahr gab es erstmals eine große und kraftvolle Demonstration des Bündnisses „Gegen 1000 Kreuze", die den Inhalten der christlichen Fundamentalist*innen eigene feministische und emanzipatorische Positionen durch Aneignung des öffentlichen Raums entgegensetzen konnte. Während wir im Laufe der Jahre immer mehr wurden, wurden die Teilnehmer*innen des „Kreuze-?Marsches" im Laufe der Jahre immer weniger. In anderen Städten verläuft die Entwicklung allerdings anders. In Berlin beispielsweise nehmen an einem vergleichbaren Marsch mittlerweile über 2000 Menschen teil.
Auch deswegen ist es nach wie vor wichtig, nicht nur den Kreuzeträger*innen, sondern allen reaktionären Positionen emanzipatorische Inhalte entgegenzusetzen.

„My body my choice" bleibt unsere Parole!

Im Gegensatz zu den christlichen Fundamentalist*innen, die Menschen in ihren reproduktiven Rechten einschränken – ihnen also verwehren wollen, über ihren Körper, ihre Sexualität und ihre geschlechtliche Identität frei zu entscheiden –, fordern wir das konsequente Recht auf Selbstbestimmung in allen Fragen zu Körper, Geschlechtlichkeit und Reproduktion. Dazu gehört das Recht auf selbstbestimmte Sexualität ebenso wie die freie Entscheidung darüber, (keine) Kinder zu haben, der Zugang zu sicheren und bezahlbaren Verhütungsmitteln sowie das Recht auf medizinische Versorgung und Behandlung. Selbstbestimmung heißt für uns, eine autonome Entscheidung treffen zu können, und dieses Recht endet erst dort, wo die Selbstbestimmung einer anderen eigenständigen Person anfängt. Eine eigenständige Person entsteht nicht bereits im Moment der Befruchtung einer Eizelle.
Auch gesamtgesellschaftlich ist der Bereich der reproduktiven Rechte ein umkämpftes und reglementiertes Terrain. Die Antworten auf Fragen wie „Wer kann/ soll/ muss/ darf in dieser Gesellschaft Kinder bekommen oder für Kinder sorgen? Welche Menschen werden in welcher Weise in gesellschaftliche Verantwortung genommen oder gedrängt? Wer versucht wie über wessen Körper zu bestimmen? Und welche Föten sollen ausgetragen werden und welche nicht?" spiegeln sich in gesellschaftlichen Normen wider. Sie schlagen sich in familien-?, gesundheits-? und sozialpolitischen Maßnahmen wie Betreuungsgeld, Elterngeld, Adoptionsrecht (als heterosexuelles Privileg), (Nicht-?)Finanzierung von Verhütungsmitteln und dem erschwerten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen nieder.
Der staatliche Eingriff in die reproduktiven Rechte der*des Einzelnen zeigt sich zum Beispiel im gesetzlichen Umgang mit Verhütungsmitteln. Als eines der letzten europäischen Länder sperrt sich Deutschland gegen die Aufhebung der Rezeptpflicht für die „Pille danach". Wer das Medikament benötigt, muss zu einem*r Ärzt*in bzw. einem Krankenhaus Kontakt aufnehmen und kann dort, je nach konfessioneller Ausrichtung der Einrichtung, abgewiesen werden. Der Bundesrat hat im November die Rezeptfreiheit der „Pille danach" beschlossen. Es fehlt allerdings bisher die Zustimmung der Regierung, die weiterhin an der CDU/CSU scheitert. Religiöse Fundamentalist*innen lehnen die „Pille danach" grundsätzlich ab, weil es für sie bereits Mord ist, wenn das Einnisten einer befruchteten Eizelle verhindert wird.
(Fundamentalistische) Christ*innen versuchen nicht nur durch „1000-?Kreuze-?Märsche", anderen ihre Moralvorstellungen aufzuzwingen. Im Rahmen von sogenannten Gehsteigberatungen belästigen sie außerdem Schwangere und Ärzt*innen vor Kliniken mit Horrorgeschichten über Schwangerschaftsabbrüche und deren vermeintliche Folgen.
Daneben gibt es zunehmend aktive Lobbyarbeit in Politik und Gesellschaft. Immer mehr Beratungsstellen zum Thema Schwangerschaftsabbruch sind in christlicher Trägerschaft. Diese geben vor, ergebnisoffen zu beraten. Bei Betrachtung ihrer Homepages oder dem Besuch in den Beratungseinrichtungen wird aber schnell deutlich, dass die meisten alles dafür tun, dass Schwangere keine Abbrüche vornehmen und alle Föten ausgetragen werden.



Gleiche Scheiße, anderes Etikett

Je nach Ideologie und Weltanschauung werden Angriffe auf die reproduktive Selbstbestimmung der*des Einzelnen unterschiedlich begründet. Christliche Fundamentalist*innen und selbsternannte Lebensschützer*innen ordnen – entsprechend ihrem religiösen Koordinatensystem – das Selbstbestimmungsrecht der Gebärenden dem „Recht jedes ungeborenen Lebens" und dem vermeintlichen „Willen Gottes" unter. Rechtspopulist*innen wie Thilo Sarrazin

oder Eva Herman bemühen sich im nationalistisch-?elitären Interesse vor allem um die Föten deutscher (Bildungs-?)Eliten, während die extreme Rechte ihre Reproduktionspolitik am rassistischen Ideal eines „gesunden und reinrassigen Volkskörpers" orientiert. Aber auch in den Debatten der bürgerlichen Gesellschaft jenseits von Sarrazin und Co. stehen hinter der Frage danach, welche Kinder erwünscht sind und welche nicht, gesellschaftspolitische Interessen und Vorstellungen, die zur Reglementierung der reproduktiven Rechte der*des Einzelnen führen.
Wie hoch das gesellschaftliche Bedürfnis nach „gesunden"/der Norm entsprechenden Föten und Kindern ist, zeigt sich besonders deutlich in der aktuellen medizinischen Forschung und Praxis. Die Deutungshoheit über reproduktive Fragen und darüber, was als ein „lebenswertes" Leben angesehen wird, wurde weitestgehend in diesen medizinischen Bereich verlagert. Statt die gesellschaftlichen, sozialen und lebenspraktischen Bedingungen für Menschen, die nach medizinischen Maßstäben von der Norm abweichen, zu verbessern, werden immer neue Methoden der pränatalen Diagnostik entwickelt, um so beeinflussen zu können, welche Föten überhaupt ausgetragen werden. Der Druck von Seiten der Medizin und Gesellschaft auf Schwangere, ein vermeintlich behindertes Kind nicht auszutragen, ist hoch. Auch hier wird Schwangeren das Recht auf Selbstbestimmung und die Möglichkeit einer wirklich freien Entscheidung ohne Zwänge, Zeit- und Finanzdruck erschwert. Und hier zeigen sich die Widersprüche besonders deutlich: Sind Schwangerschaftsabbrüche gesellschaftlich immer noch eher verurteilt als akzeptiert und illegal (trotz Aussetzung der Strafbarkeit bis zur 12ten Woche), so werden sie, wenn vermutet wird, dass der Fötus nicht der Norm entspricht, auf einmal legal.

Zu den sogenannten medizinischen Indikationen zählt auch die Diagnose „Trisomie 21", mit der die Wahrscheinlichkeit recht hoch ist, dass der Fötus mit dem sogenannten Down-?Syndrom zur Welt kommt. Aus der Perspektive der Schwangeren mit einer solchen Diagnose entsteht ein großer Druck, die Schwangerschaft abzubrechen. Aus der Perspektive der Menschen mit Trisomie 21 wird durch diesen gesellschaftlichen Druck der Eindruck vermittelt, dass es sie eigentlich gar nicht geben sollte. Auch bei der Wahrscheinlichkeit von Zwischengeschlechtlichkeit raten einige Ärzt*innen zu einem Abbruch. Gewünscht sind lediglich Babys ohne Abweichungen von zentralen gesellschaftlichen Normen.

„Keimzelle der Nation"

Auch in den Debatten um „demographischen Wandel" und „alternde Gesellschaft" zeigt sich deutlich, dass alle Entscheidungen rund um das Thema „(Nicht-?)Gebären und (Nicht-?)Betreuen von Kindern" keineswegs dem*der Einzelnen überlassen sind. Im Gegenteil wird das Thema „(keine) Kinder" unmittelbar mit der Frage nach dem Fortbestand der Nation, der Absicherung des gesellschaftlichen Wohlstands und der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens verknüpft und damit im schlechtesten Sinne des Wortes zu einer Gemeinschaftsaufgabe erklärt. Ein Ergebnis dieses Prozesses sind familien-? und sozialpolitische Steuerungsmaßnahmen, die vor allem auf eines zielen: Gut ausgebildete und gut verdienende Menschen sollen in heterosexuellen Partnerschaften gesunde Kinder gebären und diese zu produktiven, also verwertbaren Mitgliedern der Gesellschaft erziehen.
Obwohl die Realitäten anders aussehen, wird die heterosexuelle Kleinfamilie damit als „Keimzelle der Gesellschaft" und allein anzustrebendes Ideal aufrechterhalten. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die bürgerliche Kleinfamilie als Ideal erst im Kapitalismus im Zuge der Vereinzelung und der Auslagerung der Arbeitsstätten aufkam. Die heterosexuelle Kleinfamilie gilt nach wie vor als Fundament des Staates und als gesellschaftliches Ideal. Allen, die diesem Ideal nicht hinterherhecheln, soll die Entscheidung „Kinder oder keine" abgenommen werden. Dies betrifft insbesondere homosexuelle und transidente Menschen, die in dieser Frage auch rechtlich benachteiligt werden. Trotz aller liberalen Lippenbekenntnisse zeigt sich in dieser Diskriminierungspraxis auch die gesellschaftliche Macht der Angst vor Homosexualität und Transidentität. Die Feindschaft gegen homosexuelle und transidente Menschen erhält damit permanent Nährboden.

8. März – Internationaler Frauenkampftag

Zum Zeitpunkt des Aufrufschreibens sind wir davon ausgegangen, dass der Marsch dieses Jahr am 8. März stattfindet. Ist jetzt aber am 22.

Vermutlich ziehen die fundamentalistischen Christ*innen mit ihren reaktionären Inhalten ausgerechnet am 8. März, dem internationalen Frauenkampftag, durch Münster (unser Kenntnisstand zum Zeitpunkt des Aufrufschreibens). Für viele von uns hat dieser Tag nach wie vor eine große Bedeutung, denn seit Anfang des 20. Jahrhunderts werden am 8. März in vielen Ländern dieser Welt Forderungen nach einem besseren Leben jenseits patriarchaler und kapitalistischer Strukturen auf die Straße getragen. Auch wenn für uns die Kategorie Frau nicht (mehr) der wesentliche Bezugspunkt für unseren Kampf um Befreiung ist und wir es für wichtig halten, die Verschränkung und Wirkung verschiedener Diskriminierungsstrukturen (Sexismus, Rassismus …) zu begreifen, beziehen wir uns dennoch nach wie vor auf diesen Frauenkampftag. Dabei geht es uns nicht nur darum, aus einer Notwendigkeit heraus diesen Tag mit feministischen Inhalten zu besetzen. Vielmehr wollen wir sichtbar machen, dass das Festhalten an patriarchalen und kapitalistischen Verhältnissen auch heute noch dazu führt, dass alle Menschen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen oder widersprechen, den unterschiedlichsten Formen von Diskriminierungen ausgesetzt sind. Diese gesellschaftlichen Diskriminierungen treffen nicht nur Frauen, sondern u. a. auch Lesben-?Trans*-?Inter und all jene, die jenseits von Gender-?Kategorien ihr Leben gestalten wollen. Ohne die Kämpfe der Frauenbewegungen wären die Lebensbedingungen für FrauenLesbenInterTrans* weltweit noch schlechter, als sie es ohnehin immer noch sind.



What solution? Revolution!

Vieles von dem, was der Kapitalismus an Zerstörungen und Verrohungen hervorbringt, kritisieren auch die fundamentalistischen Christ*innen, die jedes Jahr in Münster aufmarschieren. Auch wenn die Kritik an manchen Punkten auf Missstände zielt, die auch wir kritisieren, wie zum Beispiel die Bewertung von Menschen aufgrund von kapitalistischen Verwertungsinteressen, so sind sowohl die Grundlagen unserer Kritik als auch die Utopien, die wir anstreben, grundlegend verschieden von denen der Christ*innen: Ein entscheidender Bestandteil von Religionen und Staaten ist, dass sie autoritär und repressiv, durch Angst-? und Strafandrohungen funktionieren. Wir aber wollen keine Lenkung durch einen vermeintlich besseren Staat, keine moralische oder institutionelle Führung durch vermeintlich göttliche Vorsehung, Religion oder Kirche. Wir kämpfen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft mit Menschen, die selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben und handeln können.

Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat!
Raise your voice! Your body your choice!

Kommt zur Demo nach Münster am 22. März 2014 um 11 Uhr am Bremer Platz (Hinterausgang Hauptbahnhof)

Feministische Inhalte auf die Straße tragen!
Für ein selbstbestimmtes Leben und eine herrschaftsfreie Gesellschaft!

lernten wir doch
dass der revolutionäre wille
eine waffe im kampf ist
für die radikalen bedürfnisse
und für ein menschenwürdiges dasein

liessen wir uns hindern
den widerspruch zu lösen
zwischen unseren utopien
und der rückständigkeit
der herrschenden

könnten wir für den rest der tage
und zwar sofort
das handtuch schmeißen
oder kämpfen
und alles gewinnen

0/14
p,u,k,h.

Flora Termine

Samstag, 01.03.2014 21 Uhr
Solikonzert für die Rote Flora von Internationalen Gästen als ein kleiner Vorgeschmack auf die kommenden 25ig Jahrfeierlichkeiten der Roten Flora, gespickt mit vielen nah und weit gereisten Gästen und einem gefülltem Programm auf das ihr euch freuen könnt.

UNUR (USA) und Froe Char (Frankreich)
Flora Bleibt!
Besetzt, sperrig und für ein wunderhübsches Leben!

Freitag, 07.03.2014 23 Uhr
Soliparty für Festival

Freitag, 14.03.2014 20 Uhr
Party
Fluten-Album-Release-Party mit
Fluten (Post-Hardcore, Hamburg)
Van Urst (Post-Indie, Berlin)
Average Engines (Indie-Rock, Hamburg)

Samstag, 15.03.2014 23 Uhr
Party
King Sharas & friends (Roots/Dub)

Donnerstag, 20.03.2014 20.30 Uhr
HC-Konzert
Clean x Break (POR)
Cedron (SWE)

Donnerstag, 20.03.2014 23 Uhr
Party
subspAce
Felix Lorussolra & 1+ Gast

Freitag, 21.03.2014 21 Uhr
Konzert
Captain Planet (Punk)

Samstag, 22.03.2014 18 Uhr
Konzert/Party
RAK Spektakel Rotzfreche Asphaltkultur präsentiert verschiedene Künstler innen mit anschließender Aftershowparty. Dampf in allen Gassen
*Faulenz*A*
Hannez übern Zaun
Hörzu
Per Definition zur Traumfigur
Rest in Risiko
Tintenwolf
wonach wir suchen
Wundabunta Straszenpunk
Zeitbombe Armut
Zweifel

Freitag, 28.03.2014 21 Uhr
Konzert
Drones (Punk/UK) + tba

Samstag, 29.03.2014 21 Uhr
Konzert
A Heavy Impact of Doom Metal with:

Sonntag, 6. April 2014 17 Uhr
Konzert
Rha. + Paan

Dienstag, 08.04.2014 20 Uhr
Konzert
Black Sails + Dispro

Samstag, 19.04.2014 18 Uhr
Bananenterz-Festival mit
Landverraad,
Deadverse
The Maladro!ts
November 13th
When There Is None
Kobayashi
Naive
+ weitere.
Danach DJ MPunkT Messer (80er/Punk/Wave). Orga: Violent Banana + Friesenterz.